Nummer 241 | September 2025

vpod bildungspolitik
Zeitschrift für Bildung, Erziehung und Wissenschaft

Gesundheit von Lehrpersonen schützen

Sparen gegen die Bevölkerung?

vpod zürich **Pflichtlektion**

vpod Bern lehrberufe

vpod Basel lehrberufe

Inhalt

vpod b
Zeitschrift für Bildung, Erziehung und Wissenschaft

vpod bildungspolitik 241
September 2025

Jeweils kurz nach Erscheinen sind die vollständigen Hefte auf unserer Homepage als pdf abrufbar:
vpod.ch/publikationen/bildungspolitik/

Gesundheit

04 Gesundheit von Lehrpersonen schützen
Schlechte Arbeitsbedingungen gefährden die Gesundheit sowie die Unterrichtsqualität.

05 Blick über die Grenzen
Die Zeitschrift HesaMag widmet ihre aktuelle Ausgabe dem Schwerpunkt «Healthy Teachers, Better Schools».

08 38 Grad im Klassenzimmer
Der VPOD Waadt mobilisiert für wirksamen Hitzeschutz an den Schulen.

Aktuell

09 Tessiner Nein zu den Kürzungen des Bundes im Hochschulbereich
Am 1. Oktober 2025 ist der nationale Aktionstag gegen Kürzungen an den Hochschulen.

10 Selektion noch zu tief verankert
Die Kolumne des Vereins für eine Volksschule ohne Selektion VSoS.

15 Mehrsprachigkeit und Schule
Wie steht es um die Sprachkompetenzen an den Schweizer Schulen?

16 Mehr BNE in den Klassenzimmern
Wie Bildung für nachhaltige Entwicklung den Unterricht prägt.

17 Umweltschutz spielerisch lernen
Mit «Mission Amazonas» den Regenwald retten.

18 Mythos der freien Marktwirtschaft
Grace Blakeleys neues Buch «Die Geburt der Freiheit aus dem Geist des Sozialismus».

23 Vorgestellt: Maria Montessori

Pflichtlektion Zürich

11 – 14 Das Mitgliedermagazin der Sektion Zürich Lehrberufe
- Inklusion geht uns alle an!
- Sparen gegen die Bevölkerung
- Wohin geht die Reise?
- 10ni-Pause

Region Waadt

19 Etappensieg
Über die Forderungen der Waadtländer Primarlehrpersonen finden inzwischen Gespräche mit der kantonalen Bildungsdirektion statt.

Region Basel

20 Queere Lehrpersonen im Zwiespalt
Queersein stellt im Schulalltag eine besondere Herausforderung dar.

Region Bern

22 Sparangriffe und Showdown
Der VPOD Bern vertritt die Interessen von Beschäftigten im Bereich Bildung und Betreuung.

Impressum

Redaktion / Koordinationsstelle

Birmensdorferstr. 67
Postfach 8279, 8036 Zürich
Tel: 044 266 52 17
Fax: 044 266 52 53

E-Mail: redaktion@vpod-bildungspolitik.ch
Homepage: www.vpod-bildungspolitik.ch

Herausgeberin: Trägerschaft im Rahmen des Verbands des Personals öffentlicher Dienste VPOD

Einzelabonnement: Fr. 50.– pro Jahr (4 Nummern)
Einzelheft: Fr. 12.50

Kollektivabonnement: Sektion ZH Lehrberufe; Lehrberufsgruppen AG, BL, BE (ohne Biel), LU, SG.

Satz: erfasst auf Macintosh
Layout: Sarah Maria Lang, Liestal
Titelseite Foto: Ariestia / stock.adobe.com
Druck: Ropress, Zürich

ISSN: 1664-5960

Erscheint vier Mal jährlich

Redaktionsschluss Heft 242:
13. Oktober 2025

Auflage Heft 241: 2200 Exemplare

Zahlungen:
PC 80 - 69140 - 0, vpod bildungspolitik, Zürich

Inserate: Gemäss Tarif 2024; die Redaktion kann die Aufnahme eines Inserates ablehnen.

Redaktion
Verantwortlich im Sinne des Presserechts
Johannes Gruber

Redaktionsgruppe
Sina Deiss, Christine Flitner, Markus Holenstein, Jonas Keller, Thomas Ragni, Pinuccia Rustico, Lirija Sejdi, Yvonne Tremp

Beteiligt an Heft 241
Isabelle Bosset, Markus Lehmann, Liselotte Lüscher, Katrin Meier, Lucia Reinert, Andrea Schnyder, Hanspeter Stalder. Martin Stohler, Susann Wach, Monika Wicki, Ludwig Zurbriggen

Foto: Gina Sanders / stock.adobe.com

In seinem Beitrag «Ist Streiken gesund?» wies Christian Koller in der bildungspolitik 208 auf eine soziologische Studie von Marlis Buchmann und Stefan Sacchi hin, in der diese vor 30 Jahren die These aufstellten, «in unserem Land würden aufgrund einer fehlenden Tradition der Konfliktartikulation durch Streiks und Demsonstrationen gesellschaftliche Probleme auf die individuelle Ebene verlagert». Dies führe zu einer hohen Quote von Selbstmorden sowie Alkohol- und Drogenabhängigkeit. Auch wenn sich statistisch diese Zusammenhänge nicht beweisen lassen, gibt es immerhin entsprechende empirische Hinweise (vgl. bildungspolitik 208, S. 4-6).

Die Verlagerung von gesellschaftlichen Herausforderungen, Problemen und Konflikten auf die individuelle Ebene ist in jedem Falle omnipräsent in der Schweiz. In Gesprächen mit Lehrpersonen habe ich den Eindruck gewonnen, dass hinsichtlich ihrer Gesundheit an den Schulen in der Regel davon ausgegangen wird, dass diese in der individuellen Verantwortung der Lehrpersonen liegt. Statt Schule und Unterricht so zu organisieren, dass sie gesundheitsförderlich sind, werden Lehrpersonen bestenfalls dabei unterstützt, ihr eigenes Verhalten so zu optimieren, dass sie mit schlechten Arbeitsbedingungen irgendwie zurechtkommen.

Um kollektiv gegen schlechte Arbeitsbedingungen vorzugehen, braucht es den VPOD. In der Schule haben Konzepte und Ressourcen für den Unterricht wesentlichen Einfluss auf die Arbeitsbedingungen, weshalb wir uns in pädagogische und didaktische Fachdiskussionen einbringen und politisch mehr Ressourcen fordern. Wenn es sein muss, gehen wir für diese Ziele auch auf die Strasse wie am 1. Juni 2024, als in Zürich mehr als 3000 Lehrpersonen und Angestellte im Bildungsbereich eine kindgerechte, nachhaltige Schule forderten, die gute Bildung vermittelt und Chancengerechtigkeit gewährleistet.

Auf allen Ebenen führen wir Auseinandersetzungen um bessere Arbeitsbedingungen und für gute Bildung. In der vorliegenden Ausgabe sind solche Kämpfe dokumentiert im Kanton Waadt um wirksamen Hitzeschutz (S. 8) und mehr Ressourcen an der Primarschule (S. 19), auf nationaler Ebene gegen das Sparpaket des Bundes mit schädlichen Auswirkungen für unsere Hochschulen (S. 9, 12, 22), gegen einen schlechteren Betreuungsschlüssel in der Tagesbetreuung im Kanton Bern (S. 22) und für eine inklusive Schule im Kanton Zürich (S. 10, 11, 24). Eine wirklich Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Bildungsbereich ist nur durch solche gewerkschaftlichen Kämpfe möglich.

Johannes Gruber
vpod bildungspolitik

Gesundheit von Lehrpersonen schützen

Schlechte Arbeitsbedingungen gefährden die Gesundheit der Lehrpersonen wie auch die Qualität des Unterrichts. Der VPOD engagiert sich deshalb für gute pädagogische und didaktische Konzepte und angemessene Ressourcen.
Von Johannes Gruber

Mehr als jede(r) vierte Erwerbstätige in der Schweiz gibt an, arbeitsbezogen ziemlich oder stark erschöpft zu sein. Auch Lehrpersonen sind in ihrer Arbeit starken Belastungen ausgesetzt: die Aufgaben neben dem Unterrichten sind zu viel, die Klassen zu gross, der Aufwand für schwierige Kinder und Eltern hoch. Der Stundenansatz für die Lektionen dagegen ist zu tief, insgesamt gibt es zu wenig Ressourcen für Unterstützung. Solche Arbeitsbedingungen gefährden die Gesundheit.

Obwohl die Schulen dem Geltungsbereich des Arbeitsgesetzes nicht unterstellt sind, gelten für sie dennoch die dort enthaltenen rechtlichen Bestimmungen zum Gesundheitsschutz: «Der Arbeitgeber ist verpflichtet, zum Schutze der Gesundheit der Arbeitnehmer alle Massnahmen zu treffen, [...] insbesondere die betrieblichen Einrichtungen und den Arbeitsablauf so zu gestalten, dass Gesundheitsgefährdungen und Überbeanspruchungen der Arbeitnehmer nach Möglichkeit vermieden werden.» (Arbeitsgesetz Artikel 6). In der Wegleitung des Seco zu Verordnung 3 zum Arbeitsgesetz, Artikel 2, heisst es unter anderem «Kollektive Massnahmen bezüglich Gesundheitsschutz sind individuellen Massnahmen vorzuziehen.»

In der Realität wird den Lehrpesonen oft die individuelle Verantwortung zugewiesen, doch selbst für die eigene Gesundheit zu schauen. Massnahmen beschränken sich oft auf Verhaltensprävention, Lehrpersonen werden dazu angehalten, ihre Verhaltensweisen/ Fähigkeiten/ Kompetenzen zu optimieren, etwa auf gesunde Ernährung und Bewegung zu achten oder Verhaltensweisen und Stressmanagement zu erlernen.

Entscheidend für einen erfolgreichen Gesundheitsschutz ist jedoch die Verhältnisprävention, die bei der Arbeit selbst und ihren Rahmenbedingungen ansetzt, bei Arbeitsgestaltung, Arbeitszeiten, Teamarbeit, Führungs- und Steuerungsinstrumenten. Der VPOD unterstützt deshalb politische Vorstösse für höhere Stundenansätze pro Lektion, Entlastungslektionen für Lehrpersonen ab 50, höhere Stundenpauschalen für Klassenlehrpersonen etc. Bei Vernehmlassungen machen wir uns stets für die Entlastung von Lehrpersonen stark und tun dies auch im sozialpartnerschaftlichen Dialog mit der Bildungsdirektion.

Wenn gute Worte nicht helfen, braucht es Druck an den Schulen und auf der Strasse. Die VPOD-Lehrpersonen im Kanton Waadt haben zu Schuljahresbeginn 2024/25 eine Kampagne für einen wirksamen Hitzeschutz an den Waadtländer Schulen gestartet und dafür mobilisiert. Sollten von seiten der Bildungsdirektion rechtzeitig vor dem nächsten Sommer keine geeigneten Massnahmen ergriffen werden, steht auch ein Streik zur Debatte – um die Gesundheit von Lehrpersonen und Schüler*innen zu schützen und die Unterrichtsqualität zu sichern (vgl. S. 8).

Foto: Viktor / stock.adobe.com

Blick über die Grenzen

Wie ist es um die Gesundheit der Lehrpersonen in ganz Europa bestellt? Die Zeitschrift HesaMag widmet ihre Ausgabe 30 (1/25) dem Schwerpunkt «Healthy Teachers, Better Schools». Mit welchen Massnahmen kann die Gesundheit von Lehrpersonen verbessert werden?

Von Ludwig Zurbriggen

HesaMag ist eine halbjährlich erscheinende Zeitschrift des Forschungs- und Ausbildungszentrums European Trade Union Institute (ETUI), das eng mit dem europäischen Gewerkschaftsbund zusammenarbeitet. Die Macher:innen der Zeitschrift wollen Zeugnis ablegen über den Kampf gegen den Abbau sozialer Rechte der Lohnabhängigen. Die Zeitschrift nimmt eine gewerkschaftliche Perspektive ein und konzentriert sich auf Entwicklungen in der Europäischen Union. HesaMag soll als Waffe im gewerkschaftlichen Kampf dienen. Die Nummer 30 ist zu einem grossen Teil den Arbeitsbedingungen der Lehrpersonen gewidmet. Daneben werden zentrale Entwicklungen im EU-Recht zu Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz beleuchtet. Die Zeitschrift erscheint in Englisch und Französisch.

Arbeitsbedingungen machen Lehrpersonen krank

Im Editorial macht Dimitra Theodori als Herausgeberin deutlich, dass Schulen eine tragende Säule demokratischer Gesellschaften sind. Die Gesundheit der Lehrpersonen ist nicht nur für die Lehrpersonen selbst von Bedeutung, sondern auch für die Kinder und Jugendlichen, welche Schulen besuchen. Gesunde Lehrpersonen unterrichten besser als kranke oder stark belastete Lehrer:innen. Theodori beobachtet in ihrem Editorial, dass Bullshit-Aufgaben wie ausufernde Rechenschaftslegung, überflüssige Evaluationen und übermässiges Berichtwesen die Lehrpersonen aus dem Beruf treiben. Lehrer:innen verlassen den Bildungsbereich oder sie reduzieren ihr Pensum. Wer bleibt, ist mit gravierenden gesundheitlichen Problemen konfrontiert: Psycho-soziale Gesundheitsrisiken sind weit verbreitet, führen zu Erkrankungen und Todesfällen. Massnahmen am Arbeitsplatz werden zwar getroffen, sind aber häufig nur kurzfristig angelegt oder haben keine Wirkung auf tieferliegende Ursachen.

> «Psycho-soziale Gesundheitsrisiken sind weit verbreitet, führen zu Erkrankungen und Todesfällen. Massnahmen am Arbeitsplatz werden zwar getroffen, sind aber häufig nur kurzfristig angelegt.»

Unter Druck Richtung Zusammenbruch

Insgesamt zeichnet das Magazin ein beunruhigendes Bild eines Berufes, der unter Druck steht. Theodory will der romantischen Vorstellung, dass Leidenschaft allein guten Unterricht gewährleistet, entgegentreten. Gute und gesunde Arbeitsbedingungen sind eine notwendige Bedingung für guten Unterricht. Kein Beruf sollte die Gesundheit und Würde der Ausübenden gefährden.

John Mc Grabhann, Präsident der Bildungsgruppe des Europäischen Gewerkschaftsbundes, zeigt in seinem Beitrag auf, wie sich die Gesundheit der Lehrpersonen europaweit verschlechtert. Weitere Beiträge veranschaulichen diese Beobachtung und zeigen auf, dass ein beträchtlicher Teil der Lehrpersonen am Rande des Zusammenbruches steht.

Bemerkenswert sind die Länderberichte über die Folgen von Hitzewellen in schlecht wärmegedämmten Schulgebäuden (Griechenland), über die Folgen von Überschwemmungen in Form von emotionalen und praktischen Sorgen und Nöten von Lehrpersonen (Spanien), körperliche Belastungen (Belgien), mangelnde Unterstützung von homosexuellen Lehrpersonen bei Beleidigungen durch Schüler:innen und Eltern (Niederlande). Über Frankreich berichtet HesaMag, dass die Zahl der Lehrpersonen, die den Bildungsbereich verlassen, sich vervielfacht. Als Gegenmittel wird empfohlen, den Lehrpersonen mehr Handlungsspielräume -und Autonomie zu geben. So können sie die Probleme und Herausforderungen des Unterrichtens im Einklang mit ihrer Gesundheit angehen. Zudem braucht es mehr gemeinsame Aktionen vor Ort, um die Unterrichtsbedingungen zu verbessern

Neben diesen Berichten über die körperlichen und psycho-sozialen Belastungen informiert das HesaMag über rechtliche Entwicklungen in der Europäischen Union und die Pläne der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Roxana Mînzatu.

Für Schweizer:innen besonders lehrreich ist die Übersicht über die einflussreichen Akteure in Europa, welche die Politik im Bereich Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz gestalten. Es handelt sich um ein Netzwerk von Akteuren, bei denen neben den politischen Institutionen auch Gewerkschaften und Unternehmerverbände gut integriert sind. Wissenschaftliche Erkenntnisse fliessen über die Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA) ein, die Interessen der Lohnabhängigen werden durch fortschrittliche Kräfte in den Regierungen der Mitgliedsstaaten (Ministerrat), in Expert:innengremien der Kommission und im Europaparlament vertreten.

Ein noch angesehener Beruf

Der geschäftsführende Herausgeber Alain Bloedt zeichnet ein Bild der Lehrperson, welche das Leben der Schüler:innen prägen kann. Trotz Missständen sind pädagogische Berufe immer noch angesehen. Es geht beim Kampf für gute Arbeitsbedingungen vorab um das Wohl der Schüler:innen.

Der Journalist Wouter van de Klippe berichtet über den Lehrer:innenstreik in Belgien im Januar 2025. Er zeigt auf, dass das belgische Malaise europaweit verbreitet, ist: Stellen werden nicht besetzt und immer mehr Lehrpersonen arbeiten in befristeten Anstellungsverhältnissen. Viele machen unbezahlte Überstunden. Dieses Malaise spiegelt sich in der Tatsache, dass der Anteil der staatlichen Ausgaben für Bildung an den Gesamtausgaben des Staates sinkt.

Ursula von der Leyen hat die Kommissarin Roxane Mînzatu beauftragt, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Lehrpersonen auf die politische Traktandenliste der Kommission zu setzen. Gewerkschafter:innen vermissen jedoch konkrete und rechtlich verbindliche Massnahmen der EU.

Mehr Probleme als sichtbar

Wer gerne Tabellen liest, dem sei der Beitrag von Wouter Zwysen, empfohlen: Der Wissenschaftler macht darauf aufmerksam, dass der Lehrpersonenmangel grösser sein könnte als die Erhebungen ausweisen. Der Grund liegt darin, dass unbesetzte Stellen mit nicht angemessen oder gar nicht qualifizierten Personen besetzt werden. Der Druck, die Schüler:innen irgendwie zu beaufsichtigen ist gross.

Erschütternd ist der Bericht der Journalistin Maha Grahem über Belästigung, Drohungen und Gewalt gegenüber Lehrpersonen. Körperliche Gewalt ist sehr selten, aber andere Formen kommen häufiger vor. Am Beispiel eines Gymnasiums in Brüssel zeigt sie auf, dass insbesondere Eltern, die hohe Schulgebühren zahlen, hohen Druck auf die Lehrpersonen ausüben und sich auch in Unterrichtseinzelheiten einmischen. Aber auch Schüler:innen stellen die Lehrpersonen in Frage und setzen andere leistungsbereite Schüler:innen unter Druck. Häufig herrscht das Gesetz des Schweigens und die Schulleitungen und -behörden lassen Lehrpersonen allein im Regen stehen.

Aus den Niederlanden berichtet der Journalist Pien Heuts über Hass und Beschimpfungen von homosexuellen Lehrpersonen. Interessant ist der Hinweis auf den Film «I'm Telling You Honestly» über Musa van Maaren, der durch die Schulen reist, um über Homosexualität und Religion zu sprechen.

Krank durch Hitze

Der Gesundheitswissenschaftler Andreas Flouris spricht von einer Notsituation in Bezug auf die öffentliche Gesundheit in Europa: Hitzewellen, Überschwemmungen und starke Stürme werden häufiger und intensiver. Er sieht einen dringenden Bedarf an Massnahmen. Insbesondere in Städten bilden sich Hitzeinseln, die zu gesundheitsgefährdenden Temperaturen in Schulgebäuden führen. Schulgebäude sind gebaut für gemässigtes Klima und nicht für Tropennächte und Hitzetage mit Temperaturen über 30 Grad Celsius. Viele Gebäude wurden in den 1960er und 1970er Jahren gebaut, sind schlecht isoliert und haben kein Belüftungssystem. Laut Flouris haben Schulen in Norwegen, im Vereinigten Königreich und in der Schweiz häufig keine Belüftungstechnik: Das könne an warmen Tagen zum Problem werden.

Steigen die Temperaturen in der Schule über 26 Grad Celsius, dann nimmt die Lernfähigkeit ab. Ab 35 Grad Celsius ist die Gesundheit gefährdet. Flouris fordert deshalb Belüftungssysteme, Sonnendächer und -segel und aktive Kühlung für überhitzte Schulräume.

Hohe Temperaturen in Innenräumen sind ein Thema der Arbeitssicherheit und nicht mehr nur eine schulinterne Angelegenheit. Hohe Temperaturen verschlechtern den Gesundheitszustand bei Asthma und Herz-Kreislauferkrankungen. Schwangere sind besonders gefährdet und benötigen bei hohen Temperaturen besondere Schutzmassnahmen.

Welche Massnahmen ergreifen unsere europäischen Nachbarn?

In vielen europäischen Ländern gibt es Missstände. Die Probleme und Herausforderungen durch Personalmangel und Hitzewellen stellen sich von Helsinki bis Lissabon und von Bilbao bis Warschau. Im Bereich Arbeitssicherheit und -gesundheit verfügt die Europäische Union über die Kompetenz, Regeln für den gesamten Binnenmarkt zu erlassen. Daher ist die Frage dringlich: Was läuft politisch auf europäischer Ebene?
Alain Bloëdt, Herausgeber des HesaMag, berichtet über die Revision der 30 Jahre alten europäischen Richtlinie über Arbeitsgesundheit und -sicherheit. Eine Richtlinie ist ein Rahmengesetz, dass die Mitgliedsstaaten in nationales Recht umsetzen müssen. In der Regel gibt es einen gewissen Spielraum, um nationale Anliegen und Besonderheiten berücksichtigen zu können. Diese Revision soll Bildschirmarbeit, Hitzewellen und kognitive Überlastung berücksichtigen.

Dabei handelt es sich um einen langsamen Entscheidungsprozess, bei dem Vertreter:innen von Gewerkschaften, Unternehmerverbänden, Mitgliedstaaten sowie der Europäischen Kommission neue Probleme entschärfen wollen, dazu aber auch Kompromisse eingehen müssen. So hat die Kommission ihre Expert:innengruppe im Dezember 2019 beauftragt, eine Stellungnahme zum Revisionsbedarf der Richtlinien zu Bildschirmarbeit sowie Anforderungen an den Arbeitsplatz bezüglich Sicherheit und Gesundheit auszuarbeiten. In dieser Gruppe sind Fachleute vertreten, die die Unternehmen, die Gewerkschaften oder die Regierung eines Mitgliedstaates beraten. Diese Gruppe hat eine wissenschaftliche Studie zur Thematik ausarbeiten lassen und nach elf Sitzungen zwischen 2020 und 2024 einstimmig beschlossen, dass die beiden Richtlinien überarbeitet werden müssen und dazu auch Vorschläge gemacht. Zur Überraschung von vielen hat die Kommission den Vorschlag ihrer Expert:innengruppe als zu weitgehend beurteilt. Zurzeit sind weitere Abklärungen im Gang und erst danach wird die Kommission dem Europaparlament und dem Rat (Vertretung der Mitgliedstaaten) revidierte Richtlinien vorlegen. Beide Organe müssen, wie es auch in der Schweiz üblich ist (Zustimmung von Stände- und Nationalrat), dem Vorschlag zustimmen. Beide können die Richtlinie abändern. Kommt es nach drei Lesungen zu keiner Einigung, dann ist der Vorschlag gescheitert, was fast alle Akteure unbedingt vermeiden wollen.

Die Gewerkschaften und Unternehmerverbände haben grossen Einfluss auf den Revisionsprozess. Expert:innenwissen spielt eine wesentliche Rolle. Die Mitgliedstaaten haben vielfältige Einflussmöglichkeiten und können die Richtlinien am Schluss abändern oder allenfalls scheitern lassen.

Eindrückliche Bildreportage: Die Hitze überstanden, von den Fluten vertrieben

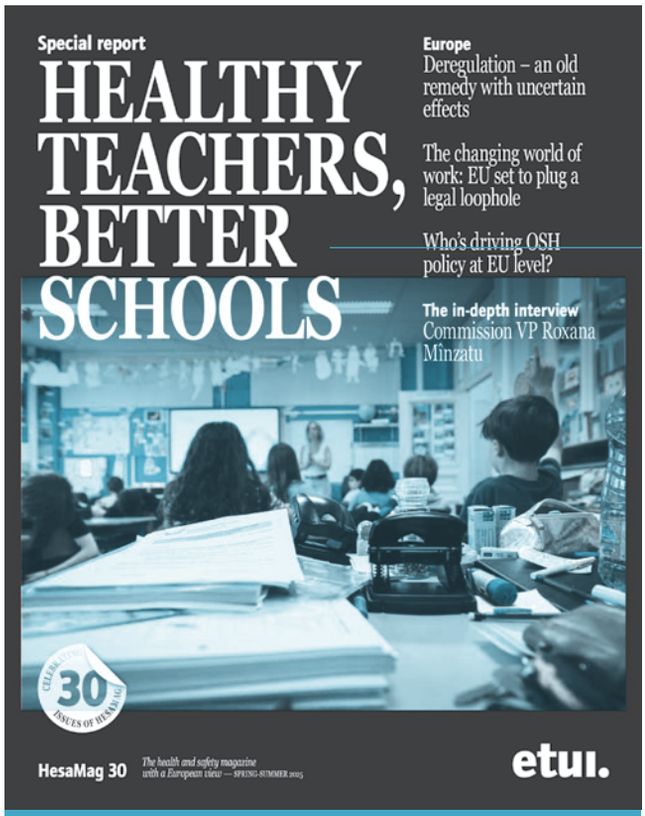
Raquel Andres, Journalistin und Tania Castro, Fotografin berichten eindrücklich über die Folgen der Überschwemmungen am 29. Oktober 2024 in der spanischen Region Valencia. Es beginnt mit dem Versagen der Notfall-Behörden bereits in den Tagen vor der Überschwemmung. Es geht weiter, nach den Katastrophentagen, wenn die Tagesmedien zum nächsten Schauplatz gezogen sind: Die Lehrpersonen werden im Stich gelassen; zerstörte oder stark verschmutzte Schulgebäude werden nicht instand gestellt. Nach der Wiederaufnahme des Schulbetriebes sind die Lehrpersonen durch das Pendeln zwischen verschiedenen Not-Schulen überlastet. Eltern erwarten 24-Stunden-online-Unterricht, was die Lehrpersonen psychisch enorm belastet. Schüler:innen mit einer gesundheitlichen Beeinträchtigung trifft es besonders hart: Der Zusammenbruch der Verkehrs- und Kommunikationssysteme hat sie vom Unterricht abgeschnitten. Ihre Rollstühle bleiben im Schlamm stecken. Hier stellen sich Fragen an uns: Extreme Wetterereignisse werden in Europa immer häufiger. Was erwartet uns in der Schweiz? Wie gut vorbereitet sind wir?

Stimmverlust bei Lehrer:innen: Keine Metapher

Der Journalist Theophil Simon berichtet über Erkrankungen der Stimmbänder. Im Gegensatz zu den breit diskutierten psychosozialen Belastungen ist die Belastung für die Stimmbänder weit verbreitet, aber als Gesundheitsrisiko an vielen Orten nicht anerkannt.

Nicht alle Lehrpersonen sind der Gefahr des Stimmverlustes in gleichem Mass ausgesetzt. Die Stimmbänder vibrieren bei Frauen doppelt so schnell wie bei Männern. Das Risiko des Stimmverlustes beziehungsweise der Stimmermüdung ist daher deutlich höher bei Frauen. Eine weitere Tatsache verschärft die Belastung: Frauen unterrichten häufiger kleine Kinder und müssen daher ihre Stimme stärker einsetzen als Lehrpersonen von älteren Schüler:innen, die in der Regel etwas ruhiger sind. Die Belastung kann zum Verlust der Stimme führen, was das Unterrichten unmöglich macht.

«Das Sichtbarmachen der körperlichen und psychosozialen Belastungen durch die Arbeit im Bildungsbereich ist ein wertvoller Beitrag zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen.»



HesaMag 30, special report «Healthy Teachers, Better Schools», spring/summer 2025.

Die Zeitschrift kann kostenlos hier abonniert werden:
https://crm.etui.org/node/186
(Englisch oder Französisch)

Die Überlastung der Stimme ist aber nicht nur ein Gesundheitsproblem für Lehrpersonen. Ermüdete Stimmbänder bei Lehrer:innen machen es den Schüler:innen schwerer, die Lehrperson zu hören und zu verstehen. Das vermindert die Unterrichtsqualität und beeinträchtigt den Lernerfolg

Simon stellt fest, dass Stimmverlust eine schambehaftete Erkrankung ist, deren Ausmass unbekannt ist. Vereinzelte Studien aus früheren Jahren deuten darauf hin, dass jede zweite Lehrperson mit Erkrankung oder Ermüdung der Stimmbänder konfrontiert ist. Zudem variiert die Wahrscheinlichkeit des Stimmverlustes mit der Dauer und Lautstärke des Sprechens während eines Unterrichtstages. Unterrichtstraditionen und die Fähigkeit der Schüler:innen, ruhig zu sitzen und nicht zu reden beeinflussen die Sprechweise der Lehrer:innen.

Es gibt einfache Massnahmen, die zur Entschärfung beitragen: lärm-dämpfende Ausrüstung an den Stuhlbeinen, weniger Frontalunterricht usw. können helfen. Aber nationale Schulkulturen und Unterrichtstraditionen lassen sich nicht so leicht ändern. Und die Stimmschulung in der Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen variiert nach Land.

Vergessene körperliche Beschwerden: Erkrankungen des Bewegungsapparates

Neben dem Gehör gibt es noch weitere Teile des menschlichen Körpers, die durch die Arbeit belastet werden: Schultern, Rücken und Knie. Es ist nicht leicht über diese Belastungen im Zusammenhang mit dem Beruf zu sprechen. Sie werden häufig als selbstverständlicher Teil der Arbeit betrachtet. Gerne wird in der Öffentlichkeit vergessen, dass körperliche Belastungen nicht nur zur Industriearbeit gehören, sondern auch im öffentlichen Sektor eine grosse Bedeutung haben. Der Ergonom Tim Huygevoort zeigt auf, dass zwischen 35 und 44 Prozent der Lehrpersonen über körperliche Beschwerden aufgrund ihrer Arbeit klagen: Der Nacken schmerzt, weil lange vor dem Bildschirm gearbeitet werden muss oder Prüfungen termingerecht korrigiert werden. Der Rücken schmerzt, weil Lehrpersonen während des Unterrichtes lange stehen und sich häufig bücken müssen, um mit den Schüler:innen auf Augenhöhe zu sprechen. Turnlehrer:innen sind besonders anfällig für übermässige Belastungen der Knie und des Rückens. Lehrpersonen, die sich dem Rentenalter nähern leiden unter schmerzenden Handgelenken, Knien und Knöcheln.

Bilanz der Lektüre

HesaMag Nummer 30 erinnert uns an verdrängte Arbeitsrealitäten, die sehr viele Lehrpersonen belasten. Die negativen Folgen treffen auch die Schüler:innen und Eltern, weil unter schlechten Arbeitsbedingungen auch das Lernen leidet. Das Sichtbarmachen der körperlichen und psycho-sozialen Belastungen durch die Arbeit im Bildungsbereich ist ein wertvoller Beitrag zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Über den Kampf und das Engagement für diese Verbesserungen erfahren wir lediglich punktuell etwas. Gibt es tatsächlich wenig zu berichten oder gibt es lediglich wenig Protest, weil die Belastungen als etwas Individuelles wahrgenommen werden?

Die vielen Informationen über Ausmass und Verbreitung der Belastungen erleichtern es, das individuelle Leiden in gemeinsamen Protest zu verwandeln. Die Möglichkeiten, sich zu engagieren bleiben im Dunkeln. Immerhin erfahren wir einiges über die Bedeutung der Europäischen Union bei der Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Sie unterstützt die Mitgliedstaaten finanziell bei der Renovation der Schulgebäude und hat klare Gesetze und Vorschriften über Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz erlassen. Allerdings besteht die Gefahr, dass die Aktualisierung dieser Gesetze zu langsam voranschreitet und von der Kompromissmaschine EU in zu kleine und ungenügende Reformschritte zerlegt wird. Auch die Kommission nutzt hier nicht alle Einflussmöglichkeiten auf die Politik der Mitgliedstaaten. Positiv betrachtet: Hier gibt es für die Gewerkschaften viele Möglichkeiten, Forderungen auf europäischer und nationaler Ebene zu stellen und aktiv zu werden. Die Schweiz könnte die Richtlinien über Sicherheit und Gesundheit übernehmen und als Vorreiter bei guten Arbeitsbedingungen vorangehen. ■

Dr. Ludwig Zurbriggen ist Sozialwissenschaftler an der Hochschule Luzern. Er ist Mitglied der VPOD-Verbandskommission «Bildung Erziehung Wissenschaft».

Mobilisieren für einen Hitzeschutzplan

Der VPOD Waadt fordert vom Kanton als Arbeitgeber die Gesundheit von Lehr-, Fachpersonen und Schüler*innen an den Schulen zu schützen.

Seit langem fordert der VPOD Waadt geeignete Massnahmen gegen Hitze in den Klassenzimmern. Während der Hitzewelle zu Beginn des Schuljahres 2023/24 im August herrschten in einigen Klassenräumen im Kanton Waadt Temperaturen von bis zu 38 Grad. Auf Druck des VPOD Waadt, aber ohne selbst einbezogen zu werden, erstellte das kantonale Erziehungsdepartement schliesslich 2024 zwei «Leitfäden für Massnahmen bei starker Hitze» (einen für die obligatorische Schule, den anderen für weiterführende Schulen). Der VPOD kritisiert jedoch, dass diese Leitfäden unwirksam bleiben, da die dort aufgeführten Massnahmen entweder überhaupt nicht umsetzbar sind oder Mittel für diese fehlen. Und es mangelt auch nur schon an ausreichenden Informationen und Bemühungen. Besonders stossend ist, dass in den erwähnten Leitfäden die Schulleitungen nicht in die Pflicht genommen werden, sondern den Lehrpersonen die Aufgabe zugewiesen wird, für den Schutz der Schüler*innen zu sorgen, ohne dass diese über die entsprechenden Mittel dafür verfügen.

Was es braucht

Um durchzusetzen, dass der Kanton endlich wirksame Massnahmen beschliesst, ergriff der VPOD Waadt nun zu Beginn des Schuljahres 2024/25 wieder die Initiative. Gefordert wird ein Hitzeschutzplan, der vorausschauende und umsetzbare Massnahmen vorsieht, die Bedingungen für Hitzefrei klar auf der Grundlage von der jeweiligen Temperatur im Klassenzimmer oder in den Arbeitsräumen definiert. Zudem sollen mittel- und langfristige Massnahmen ergriffen werden: die Räumlichkeiten gut isolieren und belüften, die Klassen verkleinern, Schattenplätze in der Nähe von Schulgebäuden schaffen, die Stundenpläne und den Ferienkalender überarbeiten.

Wie dies erreicht wird

Um solch geeignete Massnahmen durchzusetzen, mobilisierte der VPOD zu Beginn des Schuljahres: Mit der Aufforderung bei grosser Hitze das Thermometer zu fotografieren. es mit den Angaben zu Einrichtung und genauen Ort (Klassenzimmer, Lehrerzimmer, Büro, Flur usw.) zu versehen sowie Datum und Uhrzeit der Messung anzugeben. Und dies dem VPOD zuzusenden, der damit gewerkschaftlichen Druck ausüben kann.

Der VPOD Waadt rät, an der Schule selbst eine Personalversammlung, durchzuführen, an der gemeinsam geeignete Massnahmen diskutiert und beschlossen werden wie:

- Die Schulleitung zu geeigneten Massnahmen auffordern;
- Personalversammlungen organisieren und dort über Massnahmen entscheiden;
- Die Arbeit gemeinsam niederlegen, wo dies erforderlich ist, um den nötigen Gesundheitsschutz sicherzustellen.

Falls Bildungsdirektion und Schulen bis zum nächsten Sommer keine geeigneten Massnahmen ergreifen, wird der VPOD Waadt zu einem Streik aufrufen. ■

Der Text basiert auf Informationen der Homepage des **VPOD Waadt**: https://vaud.ssp-vpod.ch/secteurs/enseignement/canicule-proteger-la-sante-des-salarie-e-s-et-des-eleves/ Weitere Informtationen im Artikel von Regionalsekretärin Isabelle Smekens «Un plan canicule, maintenant !». Services publics 09/25. S. 7: https://ssp-vpod.ch/publications/journal-services-publics/

Foto: Eric Roset

Aktionstag 1. Oktober

An zahlreichen Hochschulen formiert sich die Mobilisierung gegen Sparmassnahmen und die Erhöhung der Studiengebühren. Am 1. Oktober 2025 um 17 Uhr findet unter der Schirmherrschaft des Verbands Schweizerischer Studierendenschaften eine Kundgebung auf dem Bundesplatz in Bern statt. Zudem werden tagsüber Aktionen regionale und lokale Aktionen stattfinden. Der VPOD legt den Fokus auf die Organisation von Veranstaltungen und Mobilisierungen vor Ort in den Hochschulen in der Woche des 1. Oktober. An mehreren Universitäten arbeiten wir gut mit anderen Verbänden zusammen und können mit diesen gemeinsam dazu beitragen, dass die Proteste an Dynamik gewinnen.

Nein zu Kürzungen des Bundes, Ja zu besseren Arbeitsbedingungen an den Hochschulen

Die neuesten Sparmassnahmen verdeutlichen umso mehr, wie wichtig es ist, für bessere Arbeitsbedingungen an den Hochschulen zu kämpfen.
Von Edoardo Cappelletti

In mehreren Kantonen wird bereits deutlich, dass die vom Bundesrat beschlossenen Entlastungsmassnahmen, die ab 2027 gelten sollen, tiefgreifende Auswirkungen auf Bildung, Forschung und Innovation haben werden. Kein Wunder, denn für diese Bereiche sind erhebliche Einsparungen in Höhe von 460 Millionen Franken pro Jahr vorgesehen: Die Beiträge an den Schweizerischen Nationalfonds für wissenschaftliche Forschung sollen um 10 Prozent gekürzt, die Beiträge für Forschungsprojekte sollen gestrichen und die Studiengebühren erheblich erhöht werden. Diese Massnahmen beeinträchtigen die Qualität der akademischen Arbeit, die Arbeitsbedingungen des Personals und das Recht auf Bildung.

Mobilisierung

Angesichts dieses Rückzugs des Bundes von den Hochschulen entsteht gerade eine wichtige Dynamik auf nationaler Ebene, das Versagen des Bundes wird wahrgenommen und mobilisiert die Beschäftigten. In den letzten Monaten hat sich eine breite Koalition von Gewerkschaften, politischen Vereinigungen und Studierendenverbänden gegen die Erhöhung der Studiengebühren und die Kürzungen gebildet. Der VPOD hat die Sparmassnahmen des Bundesrats in der Vernehmlassung klar abgelehnt und engagiert sich nun immer stärker gegen die Umsetzung des Sparprogramms.

Aus gewerkschaftlicher Sicht ist es besonders bedenklich, dass die angestrebten Kürzungen vor allem die wissenschaftlichen Mitarbeitenden betreffen dürften, die ohnehin schon mit prekären Arbeitsbedingungen wie befristete Verträge, Vertragsverlängerungen in Folge, tiefe Löhne und Formen der «unbezahlten» Arbeit konfrontiert sind. Die Kürzungen des Bundes machen nun noch deutlicher, dass es notwendig ist, für Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zu kämpfen.

Auswirkungen im Kanton Tessin

Im Kanton Tessin werden die Sparmassnahmen des Bundes zu einer Kürzung von 14,5 Millionen Franken führen, die insbesondere die Università della Svizzera italiana und die Scuola universitaria professionale della Svizzera italiana treffen werden. Der VPOD Tessin hat bereits gemeinsam mit den Gewerkschaften OCST und SIT darauf hingewiesen, dass eine solche Kürzung den sozialen Zusammenhalt und die wirtschaftliche Entwicklung des Kantons beschädigen würde. Spätestens jetzt müssen sich alle betroffenen Akteur:innen klar darüber sein, wie wichtig es ist, den Hochschulbereich gegen destruktive Sparmassnahmen zu verteidigen.

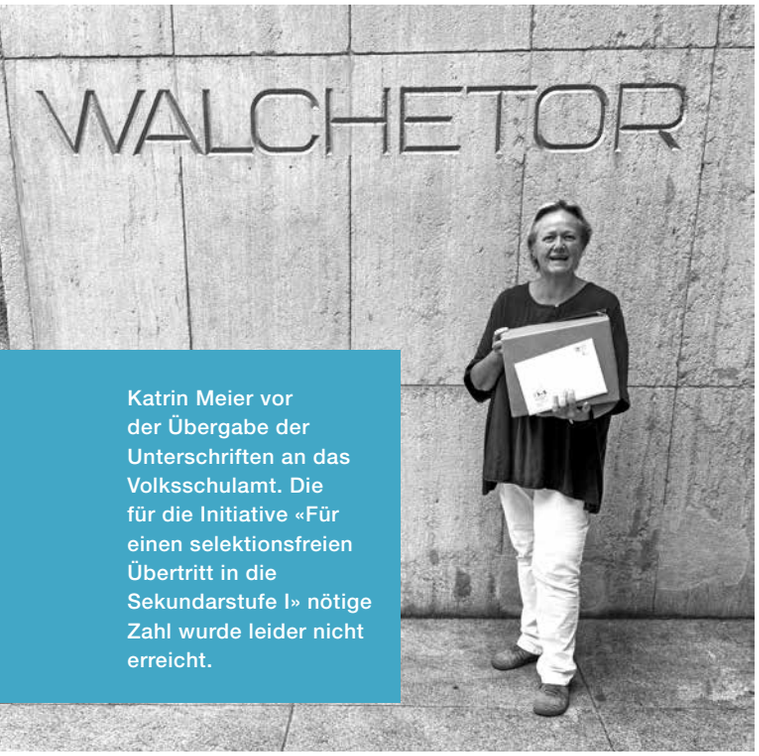
Der VPOD engagiert sich seit Jahren intensiv für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen an den Hochschulen. Mit der nationalen Kampagne «Stable Jobs – Better Science» forderten wir eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen des akademischen Personals, im Kanton Tessin reichten wir die Initiative «Für einen regional verankerten Hochschulbereich» ein, die einen Gesamtarbeitsvertrag für alle Angestellten an den Hochschulen vorsieht. ■

Edoardo Cappelletti ist Regionalsekretär beim VPOD Tessin.

Foto: INFINITY – Fotolia.com

Selektion noch zu tief verankert

Die beiden Initiativen für einen selektionsfreien Übertritt in die Sekundarstufe I in Bern und Zürich sind nicht zustande gekommen. Von Katrin Meier und Hanspeter Stalder



Katrin Meier vor der Übergabe der Unterschriften an das Volksschulamt. Die für die Initiative «Für einen selektionsfreien Übertritt in die Sekundarstufe I» nötige Zahl wurde leider nicht erreicht.

Der Verein Volksschule ohne Selektion (VSoS) hat sein ambitioniertes Ziel, genügend Unterschriften für die beiden Initiativen «Für einen selektionsfreien Übertritt in die Sekundarstufe I» in den Kantonen Bern und Zürich zu sammeln, leider nicht erreicht. Die schulische Selektion bleibt damit einstweilen bestehen – ein Mechanismus, der bereits im 19. Jahrhundert nicht zur Förderung der Chancengerechtigkeit, sondern als Mittel zur Erhaltung der Ständeordnung eingeführt wurde.

Obwohl die Initiative von verschiedenen Seiten wie auch dem VPOD wohlwollend unterstützt wurde, war das Vorhaben für unseren kleinen Verein mit nur 160 Mitgliedern zu gross. Das Sammeln der Unterschriften findet vorwiegend auf der Strasse statt – dazu fehlten dem Verein genügend aktive Mitglieder. Allen, die mit ihrer Unterschrift oder beim Sammeln geholfen haben, gebührt an dieser Stelle ein grosses Dankeschön!

Die Rückmeldungen während der Sammlung waren aufschlussreich: Viele Menschen waren bereit, zu unterschreiben, und berichteten von eigenen negativen Erfahrungen mit der schulischen Selektion. Besonders im Kanton Zürich war der Leidensdruck spürbar höher – hier gestaltete sich das Sammeln einfacher als in Bern. Im Kanton Bern überwog die Überzeugung, die Vielfalt an Oberstufenmodellen habe das Problem gelöst. Dabei wird ausgeblendet, dass die gesetzliche Etikettierung «Schülerin/Schüler mit Grundanforderungen» sowie deren negative Folgen weiterhin vorgeschrieben sind. Auch die Durchlässigkeit wird stark überschätzt.

Blinder Traditionalismus

Deutlich wurde zudem, wie tief die Selektion in der Gesellschaft und auch bei vielen Lehrpersonen verankert ist. Viele Stimmberechtigte haben die Selektion selbst als selbstverständlichen Teil der obligatorischen Schulzeit erlebt. Ein Systemwechsel würde einen Bruch mit einer fast 200-jährigen Tradition bedeuten – vergleichbar mit der Einführung des Frauenstimm- und Wahlrechts. Auch dort wurden erste Forderungen nach Gleichstellung bereits im 19. Jahrhundert laut, doch es dauerte über 100 Jahre und brauchte zahlreiche Vorstösse, bis 1971 das Frauenstimmrecht endlich eingeführt wurde. Heute fragt man sich, warum diese offensichtliche Reform so lange auf sich warten liess.

Die Schule ist ein emotionales Thema. Veränderungen stossen oft auf Skepsis – selbst wenn Forschungsergebnisse eindeutig sind. Schon 1995 stellte die Pädagogische Kommission der EDK fest, dass die Selektion in der Sekundarstufe I hinterfragt werden müsse.[1] Seither wurde die Kritik durch zahlreiche Studien – insbesondere die Längsschnittstudie TREE der Universität Bern – eindrücklich bestätigt.[2]

Konsequentes Engagement weiterhin nötig

Erfreulich war das breite mediale Echo, das die Initiativen ausgelöst haben. Es zeigt, dass die Volksschule ein Thema von grossem öffentlichem Interesse ist. Auch der Dachverband der Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) hält in seinem neuen Positionspapier zur Selektion fest, dass nicht nur Noten, sondern oft auch soziale Herkunft und äussere Faktoren darüber entscheiden, in welches Anforderungsprofil ein Kind eingeteilt wird, was der Chancengerechtigkeit widerspricht und individuelle sowie volkswirtschaftliche Nachteile verursacht.[3]

Allerdings konnte sich der LCH nicht dazu entschliessen, die Selektion grundsätzlich abzuschaffen. Vielmehr setzt er auf Reformen innerhalb des bestehenden Systems – was aus Sicht des VSoS nur beschränkte Verbesserungen ermöglicht. Modelle wie die Mosaik-Sekundarschulen zeigen, dass mit kreativen Ansätzen gewisse negative Auswirkungen der Selektion abgemildert werden können, aber die grundlegenden Probleme, insbesondere die gesetzlich vorgeschriebene Etikettierung von Schüler:innen, bleiben bestehen.

Der VSoS wird sich weiterhin engagiert für die Abschaffung der Selektion in der Volksschule einsetzen und alle Initiativen und Aktivitäten unterstützen, die die Förderung aller Kinder ins Zentrum stellen – unabhängig von ihrer sozialen Herkunft oder anderen äusseren Faktoren. Gespannt verfolgt der Verein daher auch den neusten Schulversuch im Tessin. Seit zwei Jahren erprobt der Kanton ein Modell einer Schule ohne Selektion. Wir hoffen, dass dieses Beispiel eines Tages in der ganzen Schweiz Schule macht. Wie die Geschichte des Frauenstimmrechts zeigt, brauchen selbst offensichtlich notwendige und wissenschaftlich begründete Reformen einen langen Atem. Wir bleiben dran! ■

Hanspeter Stalder, ehemaliger Schulkommissionspräsident der Stadt Bern, Vorstandsmitglied des VSoS und Vater von zwei erwachsenen Kindern.

Katrin Meier, Primarlehrerin und seit Jahrzehnten im VPOD engagiert. Sie ist Vorstandsmitglied des VSoS und Präsidentin des Initiativkomitees Zürich.

1 Perspektiven für die Sekundarstufe I, EDK, Pädagogische Kommission Studiengruppe Gestaltung der Sekundarstufe I, Bern 1995.

2 Transitionen von der Erstausbildung ins Erwerbsleben: https://www.tree.unibe.ch/

3 Positionspapier LCH «Für eine chancengerechtere Gestaltung der Selektion».

Der Verein «Volksschule ohne Selektion» engagiert sich für eine inklusive Schulentwicklung.

vsos.ch

Foto: Hanspeter Stalder

vpod zürich

Mitgliedermagazin der Sektion Zürich Lehrberufe

Pflichtlektion

Inklusion geht uns alle an!

Im Gespräch mit Sophie Wimmer, VPOD-Aktivistin und Bildungsexpertin, wollen wir genauer hinschauen, was eine inklusive Schule eigentlich bedeutet und warum dieses Thema uns alle betrifft.

Als VPOD Zürich stehen wir in der Diskussion um Schule und Bildung an vorderster Front. Das Thema Inklusion betrifft nicht nur einzelne Familien oder Lehrpersonen, es betrifft uns als Gesellschaft. Es ist zu einem der zentralen politischen Themen auf kantonaler und nationaler Ebene geworden

Aktuell ist es die sogenannte Förderklassen-Initiative, die Separation als Lösung propagiert. Wir positionieren uns klar dagegen: Wir sind überzeugt, dass Ausgrenzung und Sondermassnahmen keine zukunftsfähigen Antworten sind. Es braucht Ressourcen, die dort eingesetzt werden, wo die Kinder sind.

Frau Wimmer, wie würden Sie Inklusion beschreiben – und warum ist es ein Thema, das uns alle angeht?

Zur Definition von Inklusion liesse sich ein ganzer Artikel schreiben. Ein zentraler Gedanke ist die Inklusion als Menschenrecht. Dazu hat sich die Schweiz mit dem Unterzeichnen und Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) 2014 verpflichtet. Bildung ist hier nur ein kleiner Teil. Inklusion betrifft vom Recht auf körperliche Unversehrheit bis zur politischen Teilhabe alle Bereiche des Lebens und damit die ganze Gesellschaft. Deshalb ist Inklusion eine gesellschaftliche Aufgabe und aus meiner Sicht mehr ein Prozess, als ein Ziel.

Viele Steuerzahlende haben das Gefühl, Inklusion sei zu teuer. Sie vertreten da eine andere Sichtweise. Wie beurteilen Sie dieses Argument?

Ich wundere mich, dass gewisse Seiten, die dafür bekannt sind, gerne über Kosten zu sprechen im Bildungsbereich keine Kostenanalysen aufstellen. Eine kostenneutrale (Wieder)einführung der Sonderschulklassen ist ein schlechter Witz. Der Vergleich der Zahlen zeigt, ein Schulplatz in der obligatorischen Schule hier kostet pro Kind und Jahr 17'000-23'000 Franken, ein Sonderschulplatz 56'000-100'000. Die meisten Kinder bleiben leider die gesamte Schulzeit im separativen Sytem, da können bis zu 1 Million Franken zusammenkommen. Für mich zeigt das, dass sich jede Investition in ein tragfähigeres Regelsystem langfristig rechnet.

Die Förderklassen-Initiative wird von ihren Befürworter:innen oft als Antwort auf die Überlastung der Lehrpersonen dargestellt. Tatsache ist: Viele Lehrkräfte kämpfen mit Stress, Burn-out und gesundheitlichen Folgen ihrer Arbeitsbedingungen. Der VPOD Zürich sieht die Lösung nicht in Separation, sondern hat mit der Petition «Entlasten statt belasten» deutlich gemacht, dass es vielmehr um flexible Ressourcen, Unterstützung im Klassenzimmer und konkrete Entlastung im Schulalltag gehen muss. Wie sehen Sie das?

Als schulische Heilpädagogin und Mentorin kenne ich diese Situationen aus verschiedenen Perspektiven. In der Schule gibt es, analog zu anderen sozialen Bereichen, täglich herausfordernde und belastende Situationen. Dabei wirken verschiedenen Anforderungen und Anspruchsgruppen auf uns ein. Herausfordernde Situationen gibt es, ganz plakativ gesagt, in Klassen mit und ohne Kinder mit Diagnosen. Wenn eine Klassendynamik herausfordernd ist und die Lehrperson sich durch diese extrem belastet fühlt, muss man die Ursachen suchen. Das Problem ist aus meiner Erfahrung heraus nie der einzelne Schüler oder die einzelne Schülerin an sich. Es macht also keinen Sinn diese auszuschliessen und dann zu hoffen, dass damit die Belastung weniger wird. Es braucht flexible Möglichkeiten, um das System zu stärken.

Der VPOD setzt sich für eine Schule ein, die Vielfalt wertschätzt, alle Kinder gleichberechtigt fördert und Lehrpersonen die notwendigen Ressourcen und Unterstützung bietet. Eine solche Schule stärkt nicht nur die Lernenden, sondern auch die Gemeinschaft und die Gesellschaft insgesamt. Vor diesem Hintergrund: Wie stellen Sie sich eine Schule der Zukunft vor, die diesen Grundsätzen gerecht wird, und welche Chancen eröffnet sie für Kinder, Lehrpersonen und die Gesellschaft?

Für mich sollte die öffentliche Schule zusätzlich zu den oben genannten Punkten immer ein Abbild der gesamten Gesellschaft sein. Sie muss die Vielfalt des Orts repräsentieren und wertschätzen – in der Schüler:innenschaft und im Team. Sie schliesst niemanden aus. Sie thematisiert Unterschiede offen und hat dabei die Aufgabe, immer wieder den Fokus auf die Gemeinsamkeiten zu legen. Die Schulmitglieder haben einen kritischen Blick auf Möglichkeiten der Teilhabe und entscheiden, welche Barrieren abgebaut oder durch spezifische Unterstützung behoben werden müssen. Zum Glück ist das keine Schule der Zukunft mehr, denn es gibt schon Kolleg:innen, Teams und Schulen, die mit dieser Grundhaltung arbeiten.

Eine inklusive Schule ist keine Utopie, sondern ein Auftrag – für Politik, Gesellschaft und uns alle. Die Podiumsdiskussion «Wie Inklusion gelingt» am 27. Oktober 2025 wird vom VPOD Zürich organisiert und steht allen Interessierten offen. Mit Expert:innen, Lehrpersonen und direkt betroffenen Menschen wollen wir darüber sprechen, wie eine Schule für alle Wirklichkeit werden kann. Denn nur, wenn wir gemeinsam hinschauen, zuhören und handeln, kann Inklusion Realität werden (vgl. S. 14 und Rückseite dieser Ausgabe). ■

Text: **Pinuccia Rustico,** Regionalsekretärin VPOD Zürich Lehrberufe.

Sparen gegen die Bevölkerung

Der Bundesrat sorgt sich um den Bundeshaushalt. Das Problem für ihn: Die Einnahmen sind zu klein, vor allem aber die Ausgaben zu hoch. Das, obwohl die Schweiz die letzten 20 Jahre einen Budgetüberschuss von durchschnittlich 2.6 Milliarden pro Jahr erzielt hat. Ungeachtet dessen schnürte der Bundesrat ein «Entlastungspaket», das aber in vielen Punkten schlicht die Belastung vom Bund zu den Kantonen verschiebt. Auch der Kanton Zürich ist betroffen. Mit Folgen für den Service Public und die Portemonnaies der Bevölkerung.

Insgesamt 5.4 Milliarden möchte der Bundesrat bis 2028 sparen. Dazu hat er 57 Einzelmassnahmen beschlossen, deren Tragweite sehr unterschiedlich ist. Wobei das Wort «sparen» hier eigentlich fehl am Platz ist. Erstens hätte der Bund genug Geld, wenn er die Budgetüberschüsse der letzten Jahre und Jahrzehnte nicht gehortet hätte und zweitens geht es bei vielen Massnahmen nicht darum, weniger Geld auszugeben. Viel eher reicht der Bundesrat Ausgaben nach unten an die Kantone. Es überrascht deshalb auch nicht, dass die Kantone, viele davon ohnehin bereits sparbeflissen, die Vorlage grossmehrheitlich ablehnen. Zumindest die Teile, die sie selber betreffen. Die Massnahmen unterscheiden sich deutlich in Umfang und Tragweite. Hier einige Beispiele für den Service Public und die Bildungslandschaftt.

Verschlechterungen beim Bundespersonal

Die Kürzungen haben nicht nur Auswirkungen auf die Politik der Schweiz, auch die Arbeitsbedingungen des eidgenössischen Personals werden direkt betroffen sein. 300 Millionen Franken will der Bundesrat im sogenannten «Eigenbereich» einsparen. Das heisst, bei der Bundesverwaltung. Das Bundespersonal muss dabei auch Federn lassen: 180 Millionen will der Bundesrat hier einsparen. 100 Millionen davon sollen zu Lasten der Löhne und Anstellungsbedingungen gehen. Der Bundesrat greift quasi ins Portemonnaie seiner eigenen Angestellten, denn die Teuerungsrestanzen, das heisst Teuerung vergangener Jahre, die noch immer nicht ausgeglichen worden ist, wurden von 1.5 auf 1.0 Prozent gekürzt. Nota bene ohne, dass die Teuerung in Realität abgenommen hätte. Ab 2027 wird der Ferienanspruch der Bundesangestellte schrittweise um bis zu 3 Tage gekürzt und die Treueprämien halbiert. Ob sich der Bund mit solchen Massnahmen in Zeiten des Fachkräftemangels nicht selbst ins Aus manövriert, ist fraglich. Ganz abgesehen davon, gibt diese Massnahme den Angestellten der Bundesverwaltung klar zu verstehen, wie sehr sie geschätzt werden.

Bund gibt Rechnungen an den Kanton weiter

Der Kanton Zürich errechnete, dass er als Folge des Sparpakets bis 2030 kumulierte 1 Milliarde Franken an Mehrausgaben zu erwarten hätte. Wer sich in den vergangenen Jahren etwas mit der Finanzpolitik unseres Kantons auseinandergesetzt hat, ahnt nichts Gutes. Auch die Zürcher Finanzdirektion schnürt gern Sparpakete, obwohl die Budgetabschlüsse eigentlich positiv wären. Abzusehen ist aber, dass die Abschlüsse bei so massiven Verschiebungen vom Bund zum Kanton Zürich nicht länger positiv sein wären. Die Folge wiederum; Sparübungen im Kanton mit Folgen für den ganzen Service Public. Es muss davon ausgegangen werden, dass auch hier das Personal in die Schusslinie gerät. Den Bestrebungen, die Anstellungsbedingungen beim Kantonalen Personal zu verschlechtern, z.B. durch ungenügenden Ausgleich der Teuerung wie in der letzten Budgetdebatte, wird das Entlastungspaket 2027 sicherlich Auftrieb verleihen.

Nachwuchsforschende unter Druck

Sehr betroffen von den Kürzungen sind die Hochschulen, insbesondere Student:innen und Nachwuchswissenschaftler:innen. Um den Bundeshaushalt zu entlasten soll es an den ETH und den kantonalen Hochschulen zukünftig eine «Stärkung der Nutzerfinanzierung» geben. Ein Euphemismus, hinter dem sich ganz profan eine Erhöhung der Semesterbeiträge versteckt. Schon heute stellen die Gebühren für viele junge Student:innen aus einkommensschwächeren Familien ein zum Teil kaum überwindbares Hindernis dar. Eine Erhöhung der Studiengebühren würde also die Übervertretung von privilegierten Schichten an universitären Hochschulen noch verstärken.

Ebenfalls gekürzt werden sollen die Bundesbeiträge bei SNF, dem Schweizerischen Nationalfonds. Der SNF unterstützt Forschungsprojekte in allen Disziplinen und ist eine wichtige Unterstützung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Für viele Doktorand:innen, die nicht eine der begehrten und stark begrenzten Assistenzstellen ergattern können, ist die Mitwirkung an einem durch den SNF geförderten Projekt die einzige Möglichkeit, ein Doktorat zu machen. Der VPOD schätzt, dass der SNF durch die Einsparungen zwischen 2026 und 2028 700 Forschungsprojekte nicht unterstützen kann, die sonst in den Genuss eines Förderbeitrags gekommen wären. Rund 2000 Stellen fallen weg, viele von diesen wären für Nachwuchswissenschaftler:innen gedacht.

VPOD fordert Investitionen in den Service Public

Das Entlastungspaket 2027 wirkt sich also negativ auf den ganzen Service Public aus. Kein Wunder, dass der VPOD in seiner Vernehmlassungsantwort an den Bundesrat kein gutes Haar an der Vorlage gelassen hat. Die Kürzungen wirken insbesondere dann zynisch, wenn man bedenkt, dass es in den Bundesfinanzen kein strukturelles Defizit gibt. Seit 20 Jahren erwirtschaftet der Bund einen jährlichen Überschuss von durchschnittlich 2.7 Milliarden Franken, die, statt reinvestiert zu werden ins Eigenkapital fliessen. Dieses ist inzwischen auf 120 Milliarden Franken angewachsen. Statt also beim Service Public ohne Not und mit weitreichenden Folgen zu sparen, fordert der VPOD Investitionen in den Service Public, ein realistisches Budget, das nicht zu einem Milliardenüberschuss führt und eine Lockerung der Schuldenbremse. ■

Text: **Jonas Keller,** Regionalsekretär VPOD Zürich.

Foto: Deminos / Fotolia.com

Wohin geht die Reise?

Einblicke in das Bildungssystem der USA am Beispiel des Staates Massachusetts.

Auf dem Foto sind von links nach rechts: Ken Gordon, Mitglied des Repräsentantenhauses, Massachusetts; Alica Hanlon Peisch, House Assistant Mojority Leader, Massachusetts; Sal di Domenico, State Senator Massachusetts; Pedro Martinez, Commissioner, Massachusetts Department of Education; Paul Reville, Professor, Harvard Graduate School of Education; Jason Lewis, State Senator, Massachusetts; Stephen Bowen, Distinguished Policy Fellow, Hoover Institution, Stanford University

Sehr betroffen von den Kürzungen sind die Hochschulen, insbesondere Student:innen und Nachwuchswissenschaftler:innen.

Boston 2025. Vom 4.-6. August 2025 nahm ich als Delegierte des Zürcher Kantonsrates an der National Conference of State Legislaturs in Boston teil. An dieser Konferenz treffen sich Vertreterinnen und Vertreter der Parlamente der 50 Bundesstaaten zum grössten und bedeutendsten Treffen in den USA, an dem sich Republikaner*innen und Demokrat*innen zum konstruktiven Austausch treffen. Der Zürcher Kantonsrat ist mit weiteren Parlamenten der Länder aus Deutschland und Österreich Mitglied bei der Vereinigung der Partnerschaft der Parlamente und wurde daher zum Kongress eingeladen.

Es war ein eindrücklicher Kongress mit über 9000 Delegierten. Nebst Netzwerkanlässen und Sessions betreffend Kommunikation, Sitzungsführung oder KI in der Parlamentsarbeit wurden auch thematische Blöcke angeboten, beispielsweise zu den Zöllen oder auch der Bildung.

Massachussetts' Bildungsförderung

Für mich war das thematische Highlight die Bildungspolitik in Massachusetts. Der Staat Massachusetts verfolgt einen ganzheitlichen Bildungsansatz von der Geburt bis zu Hochschule. Dabei werden Elternhaus, ausserschulische Angebote, die lokalen Betriebe und auch die Sozialpolitik mit einbezogen. Die unterschiedlichen Akteure auf allen Ebenen sind bemüht, evidenzbasierte Untersützungsprogramme zu implementieren, um die Schulentwicklung voranzubringen. Folgende Elemente sind Teil der ganzheitlichen Bildungspoltik und wurden in verschiedenen Sessions vorgestellt:

- Qualitative hochstehende Bildung für alle prioritär auf die politische Agenda setzen.
- Die gesetzliche Grundlage: Mit der Student Opportunity Act von 2019 wurde die Möglichkeit geschaffen, dass Schulen, die Schwierigkeiten haben, die Schülerinnen und Schüler adäquat zu unterstützen, mit besonderen Ressourcen ausgestattet und mithilfe von evidenzbasierten Programmen weiterentwickelt werden können.
- Die Finanzierung: Mit der Tax-Fairness Act werden zusätzliche Einnahmen generiert.
- Die Ziele: Es wurde definiert, welche Outcomes bei den Schülerinnen und Schülern, aber auch welche Effektivität von den Schulen erwartet wird. Dabei wurde ein mehrfaktorieller Ansatz gewählt, der von Langzeiteffekten ausgeht. Diese Kriterien werden zurzeit nochmals überarbeitet.
- Die Programme: Frühe Sprach- und Leseförderung, denn die Lesekompetenzen sind Grundlage für eine erfolgreiche Schullaufbahn; kostenloses Essen für alle, denn mit hungrigem Bauch ist Lernen unmöglich. Gezielte Vernetzung der Schulen mit der Gemeinde und betreuten, ausschulischen Angeboten (Community Connex), Förderung der psychischen Gesundheit und Unterstützung der Sekundar- und Berufsschulen, damit alle Schülerinnen und Schüler den Übergang ins Berufsleben erfolgreich schaffen.
- Überprüfung der Effektivität auf Ebene der Lernenden und der Schulen.

Trotz der Hindernisse aufgrund der Corona-Pandemie zeigt die Umsetzung Wirkung. Herausforderungen werde es immer geben, meinen die Beteiligten, und es gilt, die gesetzlichen Grundlagen und regulatorischen Rahmenbedingungen flexibel anzupassen, damit der Einsatz der Ressourcen noch effektiver erfolgen kann.

Austausch erweitert Horizonte

Neben diesen interessanten Einblicken in die Bildungspolitik brachte die Reise nach Boston aber auch für die parlamentarische Arbeit in der Geschäftsleitung interessante Einsichten, Einblicke und Bekanntschaften für eine zukünftige Zusammenarbeit, national und international. Der Kongress war beeindruckend. Der Blick über den Tellerrand ist horizonterweiternd und wird meine Arbeit im Ratspräsidium sicher prägen, dafür bin ich sehr dankbar. ■

Text: **Monika Wicki** ist Professorin für Special Needs Educational Governance an der Hochschule für Heilpädagogik in Zürich. Sie ist VPOD-Mitglied und SP-Kantonsrätin.

Französisch-unterricht auf der Primarstufe

In ihrer Publikation «Charta 25» zeigt sich die «Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des mehrsprachigen Unterrichts in der Schweiz» (APEPS) besorgt über eine aktuelle Motion des Zürcher Kantonsrates, die den Französischunterricht in der kantonalen Primarschule abschaffen möchte, sodass dieser erst in der Sekundarstufe 1 beginnen würde. Claudine Brohy verweist darauf, dass in einem offiziell mehrsprachigen Land Kompetenzen in mindestens zwei Landessprachen zu den Kernkompetenzen gehören: «Französischunterricht an der Primarschule erlaubt, Mehrsprachigkeit als Normalität zu begreifen, positive Spracheinstellungen zu entwickeln und Sprache interdisziplinär zu erfahren.» Unsere Zeitschrift teilt diese Einschätzung und ist Mitglied in der APEPS. *(jg)*

Movendo feiert Jubiläum und lanciert das Kursprogramm 2026

2026 ist ein besonderes Jahr: Movendo feiert ihr 25-jähriges Bestehen. Ein Jubiläum, das für Kontinuität, Erneuerung und die Stärke der gewerkschaftlichen Weiterbildung steht.

Am 20. Oktober erscheint das Kursprogramm 2026 und bietet erneut ein breites Spektrum an Weiterbildungen für Gewerkschafter:innen und alle Interessierten. Ob Politik, Arbeitsrecht, Kommunikation, Gesundheit oder Digitalisierung – Movendo vermittelt praxisnahes Wissen, stärkt Kompetenzen und schafft Räume für Vernetzung und Austausch.

Besonders spannend sind die neuen Angebote: etwa die zweisprachigen Kurse «Ste-Croix: eine Geschichte von unten», der lokale Geschichte mit gewerkschaftlichen Kämpfen verbindet, oder «Gewerkschaftliche Organisation auf der Baustelle der 2. Gotthardröhre», der Einblicke in die Arbeitsrealität der Arbeiter:innen von heute gibt. Auch Kurse in den Bereichen Klimawandel, feministische Ökonomie oder digitale Selbstverteidigung stehen neu im Programm.

Mit rund 300 Kursen in der ganzen Schweiz bleibt Movendo die führende Anbieterin von gewerkschaftlicher Weiterbildung. 2026 lädt Movendo nicht nur zum Lernen, sondern auch zum Feiern ein: 25 Jahre Movendo. Bildung, die verbindet, stärkt und Zukunft schafft.

Weitere Informationen und Anmeldung: www.movendo.ch

ABSTIMMUNGSPAROLEN 28. SEPTEMBER 2025

BUND

Bundesbeschluss vom 20. Dezember 2024 über die kantonalen Liegenschaftssteuern auf Zweitliegenschaften (BBl 2025 17) — **NEIN**

Bundesgesetz vom 20. Dezember 2024 über den elektronischen Identitätsnachweis und andere elektronische Nachweise (E-ID-Gesetz, BGEID) (BBl 2025 20) — **JA**

KANTON ZÜRICH

Änderung des Energiegesetzes betreffend Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel — **JA**

Wie Inklusion gelingt

Podiumsdiskussion des VPOD Zürich Lehrberufe im Quartierzentrum Bäckeranlage Montag, 27.10.25, 19.15 – 22.00 Uhr, mit anschliessendem Apéro Die Veranstaltung steht Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern offen.

Inklusion ist mehr als ein pädagogisches Schlagwort – sie betrifft das tägliche Leben von Kindern, Familien, Schulen und unserer gesamten Gesellschaft. Doch wie kann echte Inklusion gelingen, wenn gleichzeitig die Forderung nach separierenden Strukturen immer wieder laut wird? Welche Chancen, aber auch welche Spannungsfelder ergeben sich, wenn Menschen mit unterschiedlichen Bedürfnissen in gemeinsamen Lern- und Lebensräumen zusammenkommen?

Diesen Fragen widmet sich der VPOD Zürich mit einer öffentlichen Podiumsdiskussion. Die Diskussion wird moderiert von Monika Wicki (Kantonsrätin, VPOD-Mitglied und Dozentin an der HfH). Als fachlicher Impulsgeber ist Prof. em. Andrea Lanfranchi Hochschule für Heilpädagogik Zürich) eingeladen. Mit seiner langjährigen Expertise im Bereich der inklusiven Pädagogik eröffnet er die Debatte und zeigt auf, was es braucht, damit Inklusion nicht nur Anspruch bleibt, sondern Realität wird.

Im Anschluss treten Lehrpersonen sowie Menschen, die direkt von Fragen der Inklusion betroffen sind, ins Gespräch – miteinander und mit dem Publikum. Ziel ist es, Perspektiven zusammenzuführen und gemeinsam darüber nachzudenken, wie Teilhabe für alle gestaltet werden kann.

Nach der Diskussion sind alle herzlich zu einem Apéro eingeladen. Dort besteht die Möglichkeit, sich in ungezwungener Atmosphäre auszutauschen und Fragen zu vertiefen.

Ort: Gemeinschaftszentrum Bäckeranlage – Hohlstrasse 67, 8004 Zürich
Datum: Montag, 27.10,25,
Zeit: 19.15 – 22.00 Uhr
(mit anschliessendem Apéro)
Veranstalter: VPOD Zürich
Anmeldung: bis 19. Oktober an lehrberufe@vpod-zh.ch

Agenda

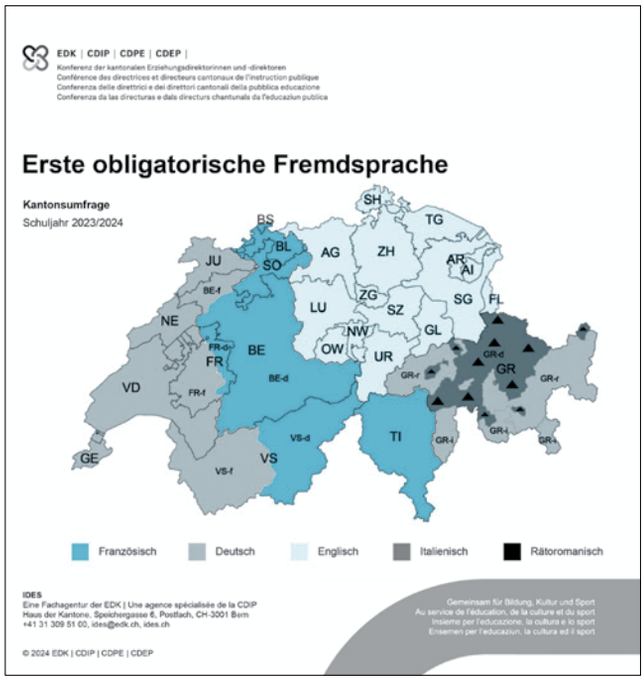
Informationen über Veranstaltungen und Versammlungen sind aufrufbar unter: www.zuerich.vpod.ch/kalender

IMPRESSUM **VPOD ZÜRICH PFLICHTLEKTION:** Organ des VPOD Zürich Lehrberufe, Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich, Tel: 044/295 30 00, Fax: 044/295 30 03, www.zuerich.vpod.ch, **Redaktion:** Jonas Keller und Pinuccia Rustico
Layout und Druck: ROPRESS, 8048 Zürich, **Nr. 3 / 25, Juni 2025,** erscheint vier Mal jährlich, 10. Jahrgang, Auflage: 2200

Mehrsprachigkeit und Schule

Pünktlich zum 1. August wird sie wieder heraufbeschworen: Die Vielsprachigkeit der Schweiz. Aber wie sieht es denn damit aus an unseren Schulen? Dieser Frage bin ich als DaZ-Lehrerin nachgegangen.

Von Susann Wach



Mit Mehrsprachigkeit ist in der Regel die institutionelle Form gemeint mit unseren vier Landessprachen Deutsch, Französisch, Italienisch und Rätoromanisch. In dieser Tradition ist die Mehrsprachigkeit auch strukturell in unserem Bildungssystem verankert. Schweizer Schüler*innen lernen in der elfjährigen obligatorischen Schulzeit neben Englisch mindestens zwei Landessprachen (z.B. Deutsch und Französisch) – eine als Unterrichtssprache und eine andere als Fremdsprache. Laut der EDK-Sprachenstrategie von 2004 wird die erste Fremdsprache spätestens ab dem 5. Schuljahr, eine zweite spätestens ab dem 7. Schuljahr unterrichtet. Die Reihenfolge der Einführung von Fremdsprachen ist regional verschieden (siehe Grafik).

Der langjährige Sprachenstreit, beispielsweise um die Einführung von Frühenglisch, hat die bildungspolitisch viel interessantere Diskussion um die individuelle Mehrsprachigkeit durch Lernende mit verschiedenen Erst- und Herkunftssprachen verdrängt.

Zulassen und positiv bewerten

In ihrem Vortrag anlässlich der Tagung «Sprachförderung und Mehrsprachigkeit» vom März 2025 der PH Zürich geht die Sprachwissenschaftlerin Dr. Nora Dewitz von einer weiten Definition (minimal view) aus. Demnach ist «Mehrsprachigkeit die Fähigkeit eines Individuums, zwei oder mehrere Sprachen als Kommunikationsmittel zu verwenden und ohne Weiteres von der einen Sprache in die andere umschalten (switchen) zu können».[1] Empirische Studien der Universität Köln zeigen, dass die Mehrsprachigkeit im Schulalltag oft negativ konnotiert ist. So werden Schüler*innen, die sich auf dem Pausenplatz in ihrer Herkunftssprache unterhalten, dafür getadelt. Im Unterricht bekommen sie zu hören: «Wir sprechen hier nur Deutsch!». Solche und andere diskriminierende Aussagen zeugen von mangelnder Reflexion der Lehrpersonen, verbunden mit persönlicher Überforderung oder Unsicherheit. Dabei käme es im gesellschaftlichen Rahmen (framing) von Schule auf die positive Bewertung von Sprachkompetenzen an, mahnt Dewitz. Die Herkunftssprachen müssten als «Medium von Wissenstansfer» vielmehr didaktisch genutzt werden. Eine alternative Reaktion auf mehrsprachige Schüler*innen wäre beispielsweise die Anregung, dass sich ein Schüler mit einer gleichsprachigen Kollegin über den Unterrichtsinhalt berät und die beiden gemeinsam eine Lösung der Aufgabe in Schulsprache formulieren. Die methodisch-didaktische Forderung hiesse demnach «systematisches Zulassen aller Sprachen in Arbeitsphasen und in kooperativen Arbeitsformen».

Die Anerkennung von Erstsprachen ist die minimale Voraussetzung für Integration im Sinne einer Stärkung der Identität von Schülern und Schülerinnen. Ein weiterer Ansatzpunkt für den sprachfördernden Unterricht ist das Kennen und Sichtbarmachen der verschiedenen Sprachen in der Klasse. Auf jeden Fall gilt es zu verhindern, dass es im Klassenzimmer zu Linguizismus kommt. Unter Linguizismus ist «eine spezielle Form des Rassismus zu verstehen, die in Vorurteilen und Sanktionen gegenüber Menschen, die eine bestimmte Sprache [...] verwenden, zum Ausdruck kommt».[2]

Lehrplan 21, DaZ und HSK

Während meiner achtjährigen Tätigkeit als Fachlehrperson für Deutsch als Zweitsprache (DaZ) diente mir der Lehrplan 21 (LP21) als Kompass, den ich immer wieder zur Hand nahm, um mich neu auszurichten. Die Abfassung unseres umfassenden Sprachencurriculums stützt sich auf die bereits erwähnte Sprachenstrategie der EDK. Im LP21 wird die sprachliche und kulturelle Vielfalt unseres Landes wie folgt beschrieben: «Zur vielsprachigen Schweiz gehören auch zahlreiche Mundarten, die vier Landessprachen und eine Vielzahl weiterer Erstsprachen (Herkunftssprachen).»[3] Als Zielsetzung wird explizit auch die Förderung von Kompetenzen in der Erstsprache bei anderer Herkunftssprache genannt. Im Kapitel «Didaktik der Mehrsprachigkeit» wird die Zusammenarbeit von Lehrpersonen der Regelklassen mit Lehrpersonen des DaZ-Unterrichts und der Kurse in Heimatlicher Sprache und Kultur (HSK) empfohlen. Damit ein qualitativ guter Sprachenunterricht an der Volksschule gelingen kann, müssen die geforderten Ressourcen, beispielsweise für Teamteaching mit Muttesprachler*innen (native speaker), gewährleistet sein.[4]

Ich denke, dass wir hierzulande gut gerüstet sind, um der Mehrsprachigkeit im schulischen Kontext den hohen Stellenwert an gesellschaftlicher Bedeutung zu gewähren, den sie verdient. Im Unterschied zu Deutschland wird uns dieses Bewusstsein durch die institutionelle Mehrsprachigkeit der vier Landessprachen einerseits und die besondere Form von «Diglossie»[5] (das gleichberechtigte Nebeneinander von Schweizerdeutsch und Hochdeutsch) andererseits geradezu in die Wiege gelegt. ■

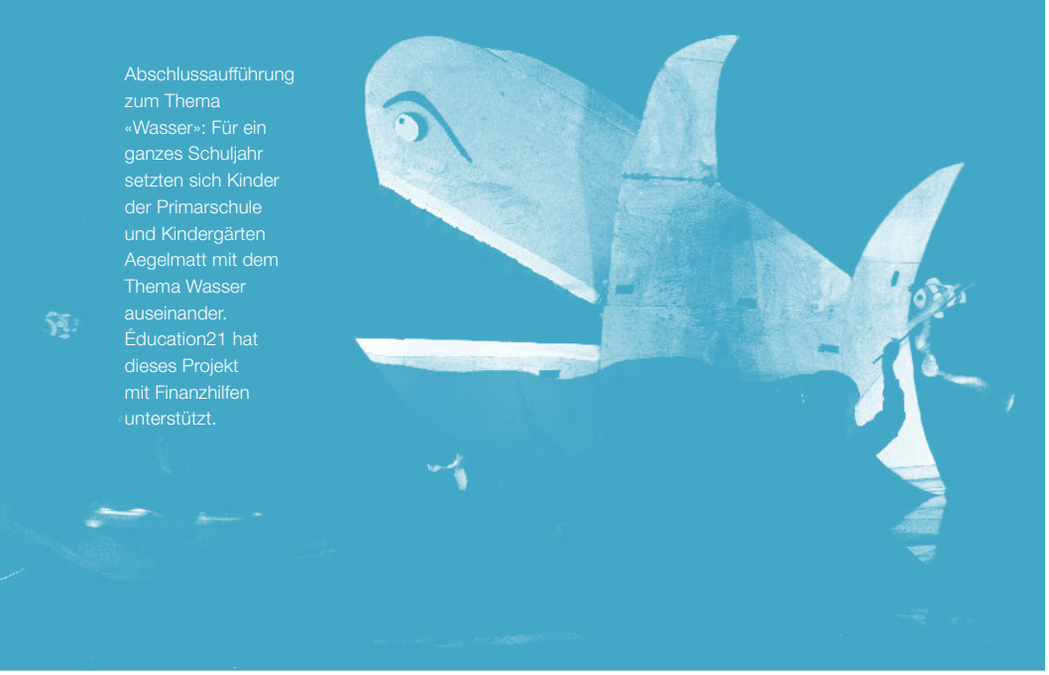
1 E. Oskaar (1980). Mehrsprachigkeit, Sprachkontakt, Sprachkonflikt. In: Nelde, Peter H. (Hg.), Sprachkontakt und Sprachkonflikt. Wiesbaden: Steiner, S. 43.

2 I. Dirim (2010). Zur Frage des (Neo)Linguizismus in den Diskursen über die Sprache(n) der Migrationsgesellschaft. In: Mecheril, P. (Hg.): Spannungsverhältnisse. Münster: Waxmann, S. 91.

3 Lehrplan 21 des Kantons Zürich, Fachbereichsplan Sprachen, 2017, S. 61f.

4 Vgl. «Wie viele und welche Sprachen an der Primarschule?» Ein Grundlagenpapier der VPOD-Verbandskommission Bildung, Erziehung, Wissenschaft.

5 Diglossie beschreibt eine stabile Form von gesellschaftlicher Zweisprachigkeit, in der eine funktionale Differenzierung zwischen zwei Sprachvarietäten besteht (z.B. mündlich versus schriftlich).



Abschlussaufführung zum Thema «Wasser»: Für ein ganzes Schuljahr setzten sich Kinder der Primarschule und Kindergärten Aegelmatt mit dem Thema Wasser auseinander. Éducation21 hat dieses Projekt mit Finanzhilfen unterstützt.

Mehr BNE in den Klassenzimmern

Wie Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) Schule und Unterricht in den letzten zehn Jahren geprägt hat.

Von Isabelle Bosset, éducation21

Vor zehn Jahren wurde Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) erstmals in die Schweizer Lehrpläne aufgenommen. Seither hat sie sich stetig weiterentwickelt: mit neuen Ansätzen, praxisnahen Materialien und einem wachsenden Fokus auf Handlungskompetenzen. Heute stellt sich die Frage: Was wurde erreicht – und wie geht es weiter?

Globale Krisen wie Artensterben, Klimawandel und wachsende soziale Ungleichheit machen deutlich, wie eng ökologische, ökonomische und soziale Themen verbunden sind. Dies hat viele Staaten dazu bewegt, auch im Bildungsbereich neue Wege zu gehen. Genau hier setzt BNE an: Sie befähigt Lernende, Zusammenhänge zu verstehen und die Zukunft aktiv mitzugestalten. Mit der UNO-Dekade für BNE von 2005 bis 2014 und dem Bekenntnis der Schweiz zum Verfolgen der Agenda 2030 fand BNE seinen Weg in die Schweizer Lehrpläne und wurde in den letzten Jahren nochmals gestärkt: Der Bericht des Bundesrats zu BNE von 2023 bestätigt bewährte Strukturen, und der neue Rahmenlehrplan (2024) macht BNE auch an den Gymnasien zu einem fächerübergreifenden, transversalen Thema. Gleichzeitig bleibt das Verständnis von Nachhaltigkeit uneinheitlich, und Prioritäten werden weiterhin politisch wie gesellschaftlich diskutiert – auch in den Schulen.

Von der Umweltbildung zu einem ganzheitlicheren Ansatz

BNE hat sich heute vom ursprünglichen Ansatz der Umweltbildung, die teilweise als zu normativ empfunden wurde, gelöst und Themen wie Demokratie, Gesundheit und globale Gerechtigkeit integriert. Wenn eine Lehrperson BNE vermittelt, bezieht sie alle Fachbereiche ein, die nötig sind, um komplexe Probleme zu verstehen. Im Mittelpunkt steht, Kompetenzen zu fördern, etwa kritisches Denken, Wertereflexion, Perspektivenwechsel, Empathie und gemeinsames Handeln. Der «Whole-School-Ansatz» bringt diesen Anspruch in alle Bereiche der Schule – vom Unterricht über die Führung, von ausserschulischen Kooperationen bis zur Gestaltung des Schulraums. Auf pädagogischer Ebene berücksichtigt BNE verstärkt ethische Fragen – «Wie beurteilen wir, was wir für richtig oder falsch halten, und auf der Grundlage welcher Werte treffen wir Entscheidungen?» – und auch politische Fragen – «Wie wollen wir unser Zusammenleben im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung gestalten?». Auch die ausserschulischen Akteurinnen und Akteure verknüpfen in ihrer Arbeit heute vermehrt verschiedene Themen miteinander, zum Beispiel die Rechte von Kindern mit einer gesunden Umwelt oder Energie mit Ernährung.

éducation21 unterstützt Schulen und Lehrpersonen

éducation21 unterstützt diese Entwicklung mit didaktisierten, evaluierten und aktuellen Angeboten für Lehrpersonen und Schulen und beteiligt sich an der pädagogischen Weiterentwicklung von BNE. Zudem bieten die klaren Qualitätskriterien von éducation21 bezüglich der Angebote ausserschulischer Akteure verlässliche Standards. Dazu gehören das Verbot der Indoktrination, eine gezielte Integration der Angebote in den Unterricht sowie die Orientierung an den spezifischen Bedürfnissen der Schulen.

Von der Theorie zur Praxis

Während Lehrmittel früher oft auf die theoretischen Aspekte von BNE ausgerichtet waren, rückt heute die handlungsorientierte Umsetzung in den Vordergrund. Emotionale Aspekte und psychische Gesundheit finden mehr Beachtung – als Reaktion auf Klimaängste und als Anerkennung nicht-kognitiver Kompetenzen. Ein Beispiel ist das Angebot ResponsAbilità, das Gesundheitsförderung und Nachhaltigkeit für Jugendliche der Sekundarstufe I kombiniert. Zudem bietet éducation21 Themendossiers zu aktuellen Fragen wie Künstlicher Intelligenz oder Demokratie an. Die Dossiers unterstützen die Lehrpersonen dabei, die Themen im Unterricht integrativ zu behandeln. Auch die Pädagogischen Hochschulen entwickeln BNE stetig weiter und schaffen Grundlagen, die aufzeigen, wie Handlungskompetenzen zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen. Lehrpersonen und Schülerinnen und Schüler verstärken diese positive Dynamik, indem sie eigene BNE-Praxisbeispiele schaffen – wie «stressfreie» Räume für Schülerinnen und Schüler, Klimaprojekte oder Gremien der Mitbestimmung.

Ermutigende Signale

In den letzten zehn Jahren finden sich klare Fortschritte und ermutigende Signale in der Entwicklung der Bildung für Nachhaltige Entwicklung. Dazu gehören die folgenden:

- Das Verständnis von und für BNE ist gewachsen.
- Die Angebote sind praxisnah und ausgereift.
- Medien und Politik greifen BNE-Themen vermehrt auf, was ihre Relevanz unterstreicht.
- Der «Whole-School-Ansatz» schafft Kohärenz und stärkt Schulen als Gemeinschaft.
- Pädagogische Hochschulen integrieren BNE in Aus- und Weiterbildung.
- Die nächste Generation für BNE organisiert sich in den Kantonen mit eigenen Strukturen und bedarfsgerechten Initiativen.

BNE ist heute mehr als ein Lehrplaninhalt, mehr als die Summe einzelner Themen oder pädagogischer Methoden. Sie hat das Potential, eine Schule und ihr ganzes Umfeld, die Schulkultur und den Unterricht positiv zu prägen. Und sie befähigt Lernende, die Gesellschaft und ihre Zukunft nachhaltig mitzugestalten. ■

www.education21.ch

Foto: éducation21

Umweltschutz spielerisch lernen

Die Spielenden von «Mission Amazonas» lernen, etwas zur Rettung des Regenwaldes beizutragen.

Von Markus Lehmann

Als Geografielehrer war der Amazonas mit seiner beeindruckenden Artenvielfalt schon immer ein Thema in meinem Unterricht. Neben den grundlegenden Funktionen des Regenwaldes zeige ich oft Filmausschnitte zur Abholzung. Einer dieser Filme zeigt ein Einsatzteam im brasilianischen Regenwald, und dabei dachte ich: «Warum nicht ein kooperatives Brettspiel zu diesem Thema entwickeln? Sollte das Crowdfunding erfolgreich sein, möchte ich das Spiel auch im Unterricht einsetzen.» Inzwischen gibt es zu «Mission Amazonia» auch ein Begleitheft für Lehrpersonen mit Aufgaben zur Thematik und Tipps für den Einsatz im Klassenzimmer.

Mission Amazonia hat als Thema die Ausbeutung des Amazonas-Regenwaldes. Das erste Kapitel beginnt Ende der 1980er Jahre im brasilianischen Regenwald. Sie und Ihr Team müssen unterwegs mit Fahrzeugen und Ausrüstung 12 Missionen erfüllen. Sie reisen durch die realen Bundesstaaten Rondônia, Pará und Amazonas um etwas zum Schutz des Regenwaldes und der bedrohten Tierarten wie dem Amazonas-Delfin, dem Manati, dem Jaguar, Aras oder der Harpyie beizutragen. Während des Spiels gibt es Ereignisse und Konflikte.

Zusammen statt gegeneinander

Das Amazonas-Spiel hat kein klassisches Spielbrett, sondern ein Spielbrettbuch. Nach jedem abgeschlossenen Kapitel wird eine neue Seite aufgeschlagen, wodurch die Geschichte um ein paar Jahre später fortgesetzt wird. Das Spiel ist kooperativ ausgerichtet. Die Spieler haben zu Beginn acht Basis-Aktionskarten und können dann während des Spiels weitere kaufen. Man zieht vier dieser Karten auf die Hand und kann sie während seines Zuges einsetzen, um sich so effizient wie möglich auf der Karte zu bewegen und die Missionsorte zu erreichen. Wenn man dann die dortigen Anforderungen erfüllt, kann man die Mission abschliessen.

Ausrüstung gibt einem mehr Optionen. Mit dem Motorboot kann man beispielsweise zwei Gebiete pro Karte entlang des Flusses zurücklegen statt nur ein Gebiet. Man kann auch ein Nachtsichtgerät kaufen, das einem hilft, anspruchsvollere Missionen zu absolvieren. Oder mit dem Walkie-Talkie kann man andere Charaktere auf der Karte bewegen, vorausgesetzt, diese haben ebenfalls ein Walkie-Talkie. Oder man kann zusätzliche Teammitglieder einstellen und so weiter.

Das letzte Kapitel gibt einen hoffnungsvollen Ausblick. Es spielt in der Zukunft, in der der Amazonas-Regenwald zu einem Biosphärenreservat geworden ist, in dem indigene Völker und alle Tiere ihren Platz haben. Die Spielercharaktere befinden sich bereits im Ruhestand, engagieren sich nun jedoch in der Forschung zu gefährdeten Tierarten. Dabei sammelt man Forschungspunkte – und wer am Ende die meisten erreicht, gewinnt das Spiel. Dieses Kapitel ist das einzige kompetitive im gesamten Spiel und ist gekennzeichnet durch seine positive, hoffnungsvolle Ausrichtung.

Weitere Informationen

Das Brettspiel wurde über Crowdfunding finanziert und ist aus nachhaltigen Materialien wie zertifiziertem Karton und Holz hergestellt und umweltfreundlich produziert worden. Die Menge an Kunststoff wurde möglichst gering gehalten. Erworben werden kann es unter: https://analoges-spielen-and-lernen.jimdosite.com/

Markus Lehmann ist Geografielehrer und zweifacher Vater. Seit einigen Jahren entwickelt er in seiner Freizeit Brettspiele mit Natur- und Umweltthemen. Sein Ziel ist es, unterhaltsame Spielerlebnisse zu schaffen, die gleichzeitig Wissen vermitteln und zum Nachdenken anregen. Dabei sollen Kinder und Erwachsene spielerisch neue Themen entdecken und ins Gespräch kommen. Seine Spiele fördern bewusst das gemeinsame analoge Erleben als Gegenpol zur digitalen Bildschirmzeit.

Foto: Markus Lehmann

Mythos der freien Marktwirtschaft

Ob in der Wirtschaft oder beim staatlichen Handeln – Planung findet auch im Kapitalismus statt. Die britische Ökonomin und linke Publizistin Grace Blakeley ermuntert dazu, sich in diese Prozesse einzumischen und Grundlagen für echte Freiheit zu schaffen.
Von Martin Stohler

Aus «Vulture Capitalism: How to Survive in an Age of Corporate Greed», so der Titel der englischen Originalausgabe von Grace Blakeleys Buch, wurde in der deutschen Ausgabe «Die Geburt der Freiheit aus dem Geist des Sozialismus – Wie der Kapitalismus die Demokratie zerstört». Es ist dies eine etwas wunderliche Buchtitel-Metamorphose, die jedoch das Potential in sich hat, zum besseren Verständnis des Buches beizutragen.

Zentraler Ausgangspunkt von Grace Blakeleys Überlegungen ist das weitverbreitete Missverständnis, Kapitalismus beruhe einfach auf freien Märkten und freiem Wettbewerb. Planwirtschaftliche Elemente, Auszahlung von staatlichen Geldern und Verstaatlichungen dagegen seien Sozialismus. Demgegenüber zeigt Grace Blakeley auf, dass auch im Kapitalismus allenthalben Planung stattfindet, sei dies in den Chefetagen von (Gross-)Betrieben oder in staatlichen Verwaltungen.

Ohne längerfristige und umsichtige Planung können Betriebe – private und staatliche – in Schieflage geraten, wie das beispielsweise bei der Deutschen Bahn der Fall ist. In der Theorie können solche Unternehmen in einer Marktwirtschaft nicht überleben. In der Praxis werden sie aber mit staatlichen Geldern gerettet, wenn sie als «to big to fail» gelten oder wenn das ein Filz aus Industrie und Politik so will.

Die kapitalistische Marktwirtschaft per se verhindert auch nicht die Herausbildung von Monopolen oder von Unternehmen mit enormer Marktmacht. Solche Unternehmen betreiben nicht nur grossangelegte Planung, sie sind auch Gebilde, die Macht nach innen und aussen ausüben. Dabei geht es darum, Gewinne zu optimieren, Steuervorteile zu erhalten oder an lukrative Staatsaufträge zu kommen.

Geist des Sozialismus

Theorie und Praxis des Sozialismus haben eine lange und vielfältige Geschichte. Grace Blakeley geht leider kaum auf diese ein. Sie kommt ohne grossen theoretischen Apparat aus. Zentral für ihre Auffassung ist, dass weder höhere Staatsausgaben noch Staatseigentum und staatliche Kontrolle gleichbedeutend mit Sozialismus sind. Sozialismus bedeutet für Grace Blakeley vielmehr, dass Planung durch die Betroffenen erfolgt und dass sie nicht einfach Objekte von Planungsprozessen sind. Dies erst ermöglicht echte Freiheit und Demokratie.

Im Vergleich zum Teil über den «Vulture Capitalism», der hier und dort in Faktenhuberei auszuufern droht, ist der Teil über «die Geburt der Freiheit» bzw. die demokratische Planung allzu knapp ausgefallen. Grace Blakeley sagt im Prinzip, dass wir, die Betroffenen, uns an der Planung und damit an der Ausgestaltung der Arbeitswelt und des gesellschaftlichen Lebens beteiligen sollen. Damit ist, wenn auch nur implizit gesagt, dass in diesem «Geist des Sozialismus» Autoritarismus nichts zu suchen hat.

Anhand mehrerer Beispiele versucht Grace Blakeley aufzuzeigen, dass demokratische Planung durch die Betroffenen auch im Kapitalismus erkämpft werden kann. Dieser Ansatz ist mir sehr sympathisch, und er ist ja auch nicht einfach utopisch, wie die Geschichte der Arbeiterbewegung und anderer Bewegungen zeigt. Eine umfassendere Auswertung der Erfahrung von Konsum- und Produktionsgesnossenschaften, von gewerkschaftlicher Mitbestimmung, von Bildungsstätten hätten das Buch denn auch reicher und anregender gemacht. Nebenbei gesagt: Hier hätte die Schweiz mit den diversen Projekten des Zürcher Fourieristen und Sozialdemokraten Karl Bürkli einiges beizusteuern.

Denkanstösse

Die Beteiligung an staatlicher Planung lässt sich, so zumindest die Schweizer Erfahrung, leichter durchsetzen, nicht zuletzt dank Institutionen wie Initiative und Referendum. Schwieriger ist es für die Angestellten und Betroffenen in Industrieunternehmen, sich an deren Planung zu beteiligen, zumal dies von Unternehmerseite kaum erwünscht ist. Im Übrigen sollten wir die Anforderungen an das Wissen der Planenden, das die Planung in einer komplexen Industriegesellschaft erfordert, nicht unterschätzen. Ob die Betroffenen die entsprechende Anstrengung auf sich nehmen wollen und können, ist leider ungewiss.

Grace Blakeleys Buch ist ein Zwischending zwischen analytischem Essay und ökonomischem Sachbuch. Über den «Vulture Capitalism» habe ich darin mehr gelernt als über die Möglichkeiten demokratischer Planung im 21. Jahrhundert. Immerhin gibt Blakeley dazu Denkanstösse, die es verdienen, weiterverfolgt und vertieft zu werden. ■

Grace Blakeley: Die Geburt der Freiheit aus dem Geist des Sozialismus.
Aus dem Englischen von Alexander Krützfeldt, Christian Alexander Herschmann und Tom Müller.
Tropen Sachbuch,
Stuttgart 2025. 491 Seiten,
circa Fr. 40.–

Etappensieg im Kanton Waadt

In der bildungspolitik 240 berichteten wir im Juni über die Forderungen der Waadtländer Primarlehrpersonen nach besseren Arbeitsbedingungen. Am 16. Juni 2025 gingen 500 Lehrpersonen auf die Strasse und versammelten sich vor dem Erziehungsdepartement, um die notwendigen Ressourcen für guten Unterricht politisch einzufordern. Am nächsten Morgen einigte man sich mit der Bildungsdirektion darauf, eine Reihe von Treffen zur Umsetzung der Forderungen zu organisieren, an denen die Lehrpersonen einbezogen werden. Am ersten Treffen nach den Sommerferien werden im September nun dringliche Massnahmen diskutiert. Weitere Treffen werden folgen. VPOD-Regionalsekretärin Isabelle Smekens spricht von einem Etappensieg: «Das Personal wird endlich in die Überlegungen und die Ausarbeitung von Lösungen einbezogen. Für die tatsächliche Umsetzung der Forderungen wird nun unsere Mobilisierung im Schuljahr 2025/26 entscheidend sein!»

Bilder vom Aktionstag der Waadtländer Primarlehrpersonen vom 16. Juni 2025.

Fotos: Valdemar Verissimo

Martha an der Solidaritätsdemo für den Lehrerkollegen, der in Pfäffikon ZH aufgrund seines Schwulseins entlassen worden ist, 27.04.2024.

Martha an der Zurich Pride 2024.

Queere Lehrpersonen im Zwiespalt: Vorbild oder Sicherheit?

Das Thema «Queersein im Schulalltag» stellt eine besondere Herausforderung dar – nicht nur für queere Schüler:innen, sondern vor allem auch für queere Lehrkräfte. Sie stehen oft vor einem Dilemma: Einerseits möchten sie als Vorbilder und Ansprechpersonen auftreten, andererseits ist es für sie häufig riskant, sich in ihrem Berufsalltag zu outen. Diese Doppelbelastung spiegelt gesellschaftliche und institutionelle Hürden wider. Von Andrea Schnyder

Es klingt wie ein Klischee – doch für viele ist es Realität: Der schwule Jugendliche, der im Sportunterricht gemobbt wird; die non-binäre Person, die erschöpft ist davon, ihre Existenz ständig erklären und rechtfertigen zu müssen; die lesbische Jugendliche, die sich mit Vorurteilen konfrontiert sieht. Viele queere Lehrkräfte wünschen sich, ein Vorbild für diese Jugendlichen zu sein. Sie erinnern sich daran, wie wichtig eine verständnisvolle Ansprechperson in ihrer eigenen Jugend gewesen wäre – und wollen genau das für die nächste Generation sein.

Gesellschaftlicher Wandel und die Rolle der Schule

«Viele queere Lehrpersonen möchten Vorbilder sein, weil sie selbst damals keine hatten», erklärt Martha Marx, Französisch- und Deutschlehrerin in Basel-Stadt. Auch Martha möchte jungen queeren Menschen Orientierung bieten – doch für sie ist das Outen im Schulalltag mit Risiken verbunden. Der Druck, bestimmte Aspekte ihrer Identität zu verbergen, kommt aus verschiedenen Richtungen. Noch immer sind Queerfeindlichkeit und Diskriminierung weit verbreitet.

In der Schule werden Begriffe wie «trans«, «schwul« oder «Lesbe« immer noch häufig als Beleidigungen verwendet. Dabei sind diese Begriffe an sich neutral; problematisch wird ihre Verwendung erst durch den Kontext und die Absicht dahinter. Jugendliche reproduzieren oft gesellschaftliche Vorurteile unbewusst – auch weil ihnen das Wissen um queere Themen und der Zugang zu Lebensrealitäten ausserhalb ihrer eigenen Erfahrung fehlt.

Sichtbarkeit und Vielfalt im Unterricht

Lehrer:innen haben hier einen relativ grossen Gestaltungsspielraum: Sie können Unterrichtsmaterialien so anpassen, dass Vielfalt sichtbar wird. Viele nicht-queere Lehrkräfte sind jedoch noch nicht ausreichend sensibilisiert. Manche äussern sich sogar queerfeindlich – im Klassen- und im Teamzimmer – und verharren in traditionellen Rollenbildern. Das trägt dazu bei, dass Normalisierung und Akzeptanz erschwert werden. Martha fordert daher: «Bei der Gestaltung des Unterrichts könnten wir viel mehr tun. Es muss nicht immer ein Beispiel mit Herrn und Frau Müller sein. Auch bei Literatur, bei Filmen oder im Geschichtsunterricht sollten heteronormative Darstellungen hinterfragt werden.»

Risiken des Outings im Schulumfeld

Doch die Initiative liegt bei den einzelnen Lehrkräften und wird oft nur von queeren Lehrpersonen umgesetzt. Das bedeutet einerseits zusätzlichen Aufwand bei der Sensibilisierung – andererseits erhöht es das Risiko für queere Lehrer:innen, sich zu exponieren, geoutet zu werden und so Anfeindungen ausgesetzt zu sein.

Die Gewerkschaft VPOD am Feministischen Streik 2025.

Foto: Sina Deiss

Ein Beispiel: Martha zeigte einmal eine Folge der queeren Jugendserie «Heartstopper» im Unterricht. Als sie das nächste Mal das Klassenzimmer betrat, stand auf der Tafel: «Cancel LGBT.» Als Martha dann die Wandtafel wischte, machten die Schüler:innen gehässige Bemerkungen und lachten darüber.

Eltern, Schulleitung und institutionelle Hürden

Der Druck kommt aber nicht nur von Schüler:innen – auch Eltern und Schulleitungen tragen dazu bei. Martha berichtet: «Ich möchte im Unterricht vermitteln, dass inklusive Sprache wichtig ist. Deshalb verwendet sie beispielsweise auch französische non-binäre Pronomen wie iel oder æl. Doch wenn Eltern solche Begriffe in Tests sehen, kommt es vor, dass sie sich bei der Schulleitung beschweren. Und auch die oberen Hierarchiestufen stehen viel zu wenig ein für Diversität und Akzeptanz.

Ein Schulleiter gab Martha zu verstehen, dass sie sich nicht outen soll. Als sie Unterstützung bei queerfeindlichen Sprüchen suchte, fragte er sie etwa: «Hast du zu viel preisgegeben?» Diese Reaktion überraschte sie sehr – heterosexuelle Kolleg:innen müssten vermutlich keine solche Frage befürchten.

«Ich wünsche mir mehr Unterstützung und Offenheit vonseiten der Schulleitung», sagt Martha. Hier sei Aufklärung notwendig: Das Personal müsste im Umgang mit Diskriminierung geschult werden. Projekte wie Lehrplan Q bieten bereits Materialien und Fortbildungen an, um Bedürfnisse queerer Jugendlicher besser zu verstehen und diese sorgfältig in den Unterricht einbauen zu können. Hier sind auch die Erziehungsdepartemente in der Pflicht, einen diskriminierungssensiblen Raum für alle Jugendlichen und Angestellten zu schaffen.

Engagement trotz Widerständen

Trotz aller Herausforderungen bleibt Martha engagiert: Für sie ist es wichtig, authentisch zu bleiben und jungen Menschen Mut zu machen. Während sich nur rund 2,7 Prozent der Baby-Boomer-Generation damals geoutet haben, sind es heute etwa 19,7 Prozent der Generation Z (LOS-Info 1/2024). Dies zeigt nicht nur, dass die gesellschaftliche Akzeptanz wächst und sich mehr Personen trauen, sich zu outen. Es zeigt auch die Wichtigkeit auf, dass die Schule ein sensibler und offener Raum sein soll, in dem queere Jugendliche vertrauenswürdige Ansprechpersonen haben, die sie auf ihrem Weg unterstützen. «Queer zu sein ist etwas Schönes», betont Martha. «Vielfalt sollte gefeiert werden.» Trotz aller Widerstände zeigt ihr Einsatz Wirkung: Es gibt positive Erlebnisse, bei denen sie spürt, dass ihr Engagement einen Unterschied macht. ■

Andrea Schnyder ist VPOD-Regionalsekretär:in Basel.

VPOD Region Basel baut ein Projekt zu Queer am Arbeitsplatz auf. Bist du interessiert am Projekt oder möchtest du dich austauschen? Dann melde dich gerne bei andrea.schnyder@vpod-basel.ch

Glossar

QUEER
Ein Sammelbegriff für Menschen, deren sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität nicht heterosexuell oder cisgeschlechtlich ist. Oft wird «queer» auch als Selbstbezeichnung genutzt, um Vielfalt und Andersartigkeit zu betonen.

LGBT
Abkürzung für Lesbian (lesbisch), Gay (schwul), Bisexual (bisexuell) und Transgender (trans). Ein Sammelbegriff für vielfältige sexuelle Orientierungen und Geschlechtsidentitäten.

TRANS
Kurzform für transgender; Menschen, deren Geschlechtsidentität nicht mit dem bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht übereinstimmt. Das Gegenteil von «trans» ist «cis».

NON-BINARITÄT
Geschlechtsidentitäten jenseits der Kategorien «männlich» und «weiblich». Non-binäre Personen fühlen sich keinem dieser Geschlechter eindeutig zugehörig.

OUTEN
Der Prozess, bei dem eine Person ihre sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität anvertraut. Von anderen Personen «geoutet werden» birgt Risiken und kann schwerwiegende Folgen für queere Menschen haben.

QUEERFEINDLICH
Vorurteile, Diskriminierung oder Hass gegenüber Menschen, die sich als queer identifizieren oder als solche wahrgenommen werden. Sie zeigt sich in verbaler, körperlicher oder institutioneller Form.

HETERONORMATIVITÄT
Die Annahme, dass Heterosexualität die «Norm» ist und alle anderen sexuellen Orientierungen abweichend und nicht «normal» sind. Diese Sichtweise kann gesellschaftliche Strukturen und Erwartungen prägen.

INKLUSIVE SPRACHE
Sprachgebrauch, der alle Menschen respektvoll anspricht und berücksichtigt, um Diskriminierung und Ausgrenzung zu vermeiden.

FINTA
Ein Kürzel für Frauen, intergeschlechtliche, nichtbinäre, transgeschlechtliche und agende (sich nicht mit einer Geschlechtsidentität erlebende) Personen.

Sparangriffe und Showdown

Der VPOD Bern verteidigt die Interessen von Beschäftigten im Bereich Bildung und Betreuung und geht auch mal in die Offensive.

Erneuter Sparversuch durch die Hintertür

Alle zwei Jahre wieder: Der Betreuungsschlüssel bei der Tagesbetreuung der Stadt Bern wird erneut angegriffen (siehe Bild oben). Der angestrebte und in der Verordnung festgehaltene 1:6-Schlüssel soll um ein Jahr aufgeschoben – oder zu Deutsch: aufgehoben werden. Zudem soll bei der Profizeit gespart und der Anteil Kinder mit Faktor 1.5 auf 20 Prozent pro Standort beschränkt werden – und dies bereits ab Schuljahr 2025/2026.

Die VPOD-Mitglieder in der Tagesbetreuung haben fleissig lobbyiert, der Entscheid des Stadtrats folgt Mitte September 2025. Auf dass die wiederholten Angriffe scheitern!

Showdown zum Vorstufenabzug beim Seminaristischen Lehrpatent

Nachdem das Geschäft von der Sommer- in die Herbstsession verschoben wurde, ist es nun soweit: Im September entscheidet der Grosse Rat des Kantons Bern darüber, ob für Lehrpersonen mit dem seminaristischen Lehrpatent eine vernünftige Lösung erarbeitet werden kann, wie sie den 10-Prozent-Vorstufenabzug nach über zehn Jahren Berufserfahrung und notabene nicht stufenfremdem Diplom doch noch loswerden können – ohne einen vollen Master zu machen.

Dabei ist anzumerken: Ein grundsätzlich brauchbarer Ansatz liegt seit Anfang Jahr auf dem Tisch. Die Bildungs- und Kulturdirektion (BKD) braucht nur noch das politische Go.

Infoveranstaltung gegen das «Belastungspaket» 2027

Auch an der Universität Bern startet die Kampagne gegen das geplante Entlastungspaket des Bundes. Eine Woche vor dem schweizweiten Aktionstag am 1. Oktober 2025 findet am 24. September im Hauptgebäude der Universität Bern eine Informationsveranstaltung seitens VPOD zu den geplanten Massnahmen und ihren Folgen für Mittelbau und Studierende statt.

Text: **Lirija Sejdi,** Regionalsekretärin VPOD Bern

Liselotte Lüscher stellt Personen vor, die die Entwicklung von Schule und Pädagogik beeinflusst haben.

Kinder erziehen sich selbst

Inmitten der politischen Katastrophen des 20. Jahrhunderts entwickelte Maria Montessori (1870-1952) ihre reformpädagogischen Konzepte.
Von Liselotte Lüscher

Maria Montessori und ihre Pädagogik waren und sind weltweit bekannt, waren aber schon zu ihren Lebzeiten umstritten. Erst letztes Jahr erschien ein Buch mit dem Titel «Der lange Schatten der Maria Montessori», in dem die Verfasserin, Sabine Seichter, Montessori Rassismus, Eugenik und Faschismus unterstellt. Letzteres im Zusammenhang mit ihrem Versuch, Mussolini in den 20er Jahren für ihre Pädagogik zu interessieren. Was zuerst auch gelang. Doch 1933 kam es schon zum Abbruch der Beziehungen, ihre Methoden wurden in Italien verboten und 1939 verliess sie Italien. Zum Rassismus- und Eugenik-Vorwurf gibt es Aussagen von Montessori, die den Vorwurf von Seichter stützen. Sie hat sich offensichtlich erst spät von solchen Ideen distanziert. Doch zum Beispiel in einem ihrer Hauptwerke «Il Segreto dell'Infanzia», erschienen 1950, gibt es keine Aussagen, die den Vorwurf stützen. Es wird auch etwa kritisch bemerkt, dass ihr pädagogisches Werk kein widerspruchfreies System biete und dass sie halt Praktikerin gewesen sei. Etwas befremdend wirkt heute ihre recht häufige Stützung ihrer Aussagen durch Bibelzitate.

Erstaunlich ist die rasche fast weltweite Verbreitung ihrer Ideen und ihre Umsetzung – ebenfalls weltweit. Offensichtlich war sie eine sehr begabte Rednerin und hat in ihren Vorträgen, die sie in fast ganz Europa und beispielsweise auch in Indien und Nord- und Südamerika hielt, die Zuhörenden immer wieder überzeugt und für ihre Ideen begeistert.

Gestaltung der Umwelt, Begleitung, Selbsterziehung

Wichtig war damals besonders Montessoris Konzentration ihrer Pädagogik auf die frühe Kindheit. Das war eher neu. Kinder waren für sie fast etwas Heiliges. So tauchen bei ihr immer wieder Vergleiche des Kindes mit dem Messias auf. Er ist Leidender und das Kind leidet ebenfalls an der Welt, in die es geboren wurde. Diese Welt soll nach Montessori für das Kind verändert werden. Eigentlich ist Erziehung unnötig, die Umwelt muss nur so gestaltet werden, dass das Kind sich nach seinem inneren Bauplan an ihr selbst entwickelt, sich selbst erzieht.

In Montessoris «Case dei bambini», den Kinderhäusern, gab und gibt es auf die Kinder abgestimmtes, vorbereitetes Material. Es konnte von den Kindern einzeln oder in Gruppen nach freier Wahl gebraucht werden. Stühle und Tische waren kindgerecht klein. Beeinflusst hat Montessori die Beobachtung eines dreijährigen Mädchens, das Holzzylinder in eine Öffnung steckte, und diese Übung immer wieder, das heisst mehr als 40 Mal, wiederholte, ohne sich durch Lärm oder die Verschiebung des Stuhls, auf dem sie sass, ablenken zu lassen. «Plötzlich hielt sie inne, als erwache sie aus einem Traum und lächelte mit dem Ausdruck eines glücklichen Menschen», schreibt Montessori in ihrem Buch «Il Segreto dell'Infanzia». Sie beschreibt weiter, wie sie nach diesem Erlebnis den Kindern das Händewaschen zeigte und wie diese das Händewaschen ebenfalls wiederholten, ohne Aufforderung, anscheinend sogar bei sich zuhause! Diese Selbsttätigkeit der Kinder führt zur Selbsterziehung und die Lehrperson führt nicht mehr, sie begleitet eigentlich nur. Auf Belohnung und Strafe verzichtete Montessori ganz, da kleine Kinder die Gründe dafür nicht verstehen könnten.

Die Montessori-Kinderhäuser wurden oft auch kritisiert: die Phantasie der Kinder werde unterdrückt und es herrsche mit der Materialbereitstellung eine Laboratoriumsatmosphäre. Doch die Kinderhäuser verbreiteten sich rasch. Schon zu Lebzeiten von Montessori gab es sie in Europa in verschiedenen Ländern. Bereits ab 1919 entstanden zum Beispiel in Deutschland die ersten Kinderhäuser. Diese wurden später – wie in Italien von den Faschisten – von den Nationalsozialisten geschlossen. Heute gibt es nach wie vor europaweit und weltweit Montessori-Kindergärten und -Schulen, auch in der Schweiz.

Turbulentes Leben

Maria Montessori hat zwei Weltkriege erlebt, beide im Exil. Geboren wurde sie 1870 in der Nähe von Ancona in Italien. Sie studierte zuerst Biologie und Mathematik, später Medizin und doktorierte als eine der ersten Frauen in Italien in diesem Fach, arbeitete dann aber mit schwachbegabten Kindern und nicht als Ärztin. Zudem war sie in der italienischen Frauenbewegung aktiv.

Ihr Privatleben war zu einem grossen Teil recht turbulent. 1898, mit 28 Jahren, gebar sie einen Sohn, den sie, weil sie nicht heiraten wollte, in eine Gastfamilie gab. Dessen Vater hatte mit ihr in einem Institut in Rom gearbeitet und trennte sich nach der Geburt von ihr. 1907 gründete sie in einem Arbeiterviertel von Rom ihre erste «Casa dei bambini», das erste Kinderhaus, für schlecht betreute Kinder. Während des 1.Weltkrieges lebte sie, nun zusammen mit ihrem erwachsenen Sohn, zuerst in den USA, dann in Spanien und während dem 2. Weltkrieg – ebenfalls mit ihrem Sohn – als von den Engländern internierte Ausländerin in Indien. 1946 kehrte sie nach Europa zurück, aber nicht nach Italien, sondern nach Holland, wo sie 1952 starb. ■

Liselotte Lüscher ist Erziehungswissenschaftlerin. Als ehemalige Lehrerin kennt sie das Schulwesen; seit vielen Jahren beschäftigt sie sich mit diesem auch wissenschaftlich und politisch. Sie promovierte zur Geschichte der Schulreform in der Stadt Bern, war Lehrbeauftragte am Pädagogischen Institut der Uni Bern und Mitglied im Berner Stadtrat.

Foto: Gemeinfrei nach en.wikipedia.org, 2012-02-17 04:43 Dave Ayer 1417x1769x (1002739 bytes) Public domain photograph of Maria Montessori from 1913

vpod zürich

Wie Inklusion gelingt

Podiumsdiskussion des VPOD Zürich Lehrberufe im Quartierzentrum Bäckeranlage

**Montag, 27.10.25,
19.15 – 22.00 Uhr,
mit anschliessendem Apéro**

**Die Veranstaltung steht Mitgliedern
und Nicht-Mitgliedern offen.**

Inklusion ist mehr als ein pädagogisches Schlagwort – sie betrifft das tägliche Leben von Kindern, Familien, Schulen und unserer gesamten Gesellschaft. Doch wie kann echte Inklusion gelingen, wenn gleichzeitig die Forderung nach separierenden Strukturen immer wieder laut wird? Welche Chancen, aber auch welche Spannungsfelder ergeben sich, wenn Menschen mit unterschiedlichen Bedürfnissen in gemeinsamen Lern- und Lebensräumen zusammenkommen?

Diesen Fragen widmet sich der VPOD Zürich mit einer öffentlichen Podiumsdiskussion. Die Diskussion wird moderiert von Monika Wicki (Kantonsrätin, VPOD-Mitglied und Dozentin an der HfH). Als fachlicher Impulsgeber ist Prof. em. Andrea Lanfranchi Hochschule für Heilpädagogik Zürich) eingeladen. Mit seiner langjährigen Expertise im Bereich der inklusiven Pädagogik eröffnet er die Debatte und zeigt auf, was es braucht, damit Inklusion nicht nur Anspruch bleibt, sondern Realität wird.

Im Anschluss treten Lehrpersonen sowie Menschen, die direkt von Fragen der Inklusion betroffen sind, ins Gespräch – miteinander und mit dem Publikum. Ziel ist es, Perspektiven zusammenzuführen und gemeinsam darüber nachzudenken, wie Teilhabe für alle gestaltet werden kann.

Nach der Diskussion sind alle herzlich zu einem Apéro eingeladen. Dort besteht die Möglichkeit, sich in ungezwungener Atmosphäre auszutauschen und Fragen zu vertiefen.

**Ort: Gemeinschaftszentrum Bäckeranlage –
Hohlstrasse 67, 8004 Zürich**

**Datum: Montag, 27.10.25
Zeit: 19.15 – 22.00 Uhr
(mit anschliessendem Apéro)**

Veranstalter: VPOD Zürich

**Anmeldung: bis 19. Oktober an
lehrberufe@vpod-zh.ch**

AZB
P.P. / Journal
CH-8036 Zürich
Post CH AG

Retouren an: vpod, Postfach 8279, 8036 Zürich

Foto: reinerseiner / photocase.de